

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Freitag, den 15. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 13. Januar.

151. Sitzung.

Präsident v. Ullrich eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundespräsidenten: v. Bötticher, Wobke. Die Spezialberatung des Etats wird beim Titel „Wohlfahrt des Staatssekretärs“ fortgesetzt.

Hilpe (Christlich-soz.) tritt für weibliche Fabrikinspektoren ein. Die Berichte führen nur einen einzigen Fall von Unfittlichkeit an (in einer Zigarrenfabrik). Wenn weibliche Inspektoren da wären, würden wohl andere Ergebnisse ermittelt worden sein. Die schlechtesten Zustände herrschen in den Ziegeleien. Es herrscht da noch vielfach das Zwischenmeisterthum und das Trucksystem. Das Zwischenmeisterthum ist auch ein Hauptgrund der Unzufriedenheit der Hamburger Seefente. Auch das Agentenwesen soll in Ziegeleigewerbe schädliche Wirkungen zeigen. Der Kasseler Fabrikinspektor hält Sprechstunden für die Arbeiter ab, die Arbeiter benutzen sie aber nicht, aus Furcht entlassen zu werden. Engere Fühlung zwischen Beamten und Arbeitern muß aber angebahnt werden. Die Unternehmer dürfen nicht länger der Bildung von Arbeiterorganisationen so feindselig gegenüberstehen. Wer die Sozialdemokratie für eine Ausgeburt der Hölle erklärt, der muß erst recht dafür sorgen, daß die Arbeiter statt der politischen, sich eine gewerkschaftliche Vertretung suchen. Herr Fischer hat schon gestern von der Abneigung der Unternehmer gegen die christlichen Arbeitervereine gesprochen. So lange sich diese Vereine nur mit der Religion, sozusagen mit dem Zerkeln, beschäftigen, werden sie wohlgekommen. Als sie aber praktisches Christentum zu treiben begannen, wurden sie ebenso bekämpft wie die Sozialdemokraten. Nun noch ein paar Worte gegen Herrn v. Stumm, der sich über mich öfter beschwert hat, daß ich ihn persönlich in seiner Abwesenheit angegriffen habe. Ich habe nur sein System der „patriarchalischen Fürsorge“ für die Arbeiter bekämpft, welches freien Bürgern gegenüber nicht mehr angebracht ist. Eine Rede kann ich dem Herrn von Stumm nie vergessen, es war die Rede von Keimkräften. Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß nicht jede Rede des Herrn von Stumm zum Etat des Reichsamt des Innern gehöre. — Heiterkeit. — Staatssekretär v. Bötticher ruft: Ich bin auch nicht dafür verantwortlich. Redner fortfahrend: Das freut mich, daß die Regierung sich nicht mit Herrn von Stumm deckt. (Große Heiterkeit.) Ich möchte auch an den Staatssekretär von Bötticher die Frage richten, ob er der Ansicht ist, daß die Februar-Erlasse durchgeführt sind oder nicht. Herr von Stumm bitte ich, seinen Standpunkt gegenüber den Arbeiterorganisationen anzugeben.

Herr Hehl zu Herrnsheim (N.D.): Das patriarchalische Verhältnis in den Fabriken des Freiherrn von Stumm muß in seiner Fürsorge für die Arbeiter geradezu vorbildlich genannt werden. (Lärm und Lachen links.) Mein Freund Freiherr von Stumm läßt die Arbeiter auch mitreden. (Erneutes Lachen.) Redner wendet sich dem letzten Konfektionsarbeiterstreik in Berlin und theilt das Urtheil des Gewerbegerichts mit. Nicht nur die Arbeiter, sondern jeder denkende Mensch muß mit großem Bedauern das Beispiel, das die Berliner Konfektionäre gegeben, bejauren. Der Vorsitzende des Einigungsamtes hat konstatiert, daß die Löhne menschenwürdig und der Zustand der Arbeiter gegen den Vordruck vollständig berechtigt war. Der Bericht des Gewerbegerichts konstatiert weiter, daß die Arbeitszeit geradezu rüde ist, daß die Arbeiterinnen ohne Aushilfe die Nähmaschine treten mußten und daß den Arbeitern und Arbeiterinnen noch allerhand Lebensgaben aufgeschafft wurden. Der Export der Konfektion ist gestiegen, die Löhne aber ständig heruntergedrückt worden. Zwischen Konfektionären und Zwischenmeister und zwischen Zwischenmeister und Arbeiterinnen besteht kein Dienstvertrag, sondern ein Verpächterverhältnis, so daß die Unternehmer von der Versicherungspflicht für die Arbeiter befreit seien. Daß die Zwischenmeister ein Krebsgeschwür seien, konstatiert der Bericht des Einigungsamtes. Die Heimarbeiterin ist um die Hälfte schlechter gestellt, als die Fabrikarbeiterin. Wir halten unsere Anträge auf Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen des § 120 der Gewerbeordnung auf diese Kategorie der Heimarbeiter nach wie vor aufrecht. Die Konfektionäre und ihre Berufsvereine haben das Vertrauen, das Herr v. Berlepsch auf sie setzte, nicht erfüllt. Es empfiehlt sich deshalb, besondere Bestimmungen für den Arbeitsvertrag in der Konfektion zu erlassen. Es müßte bestimmt werden, daß Lohnbücher statt der bisherigen werthlosen Lohnzettel eingeführt würden, daß die Arbeitszeit genau festgelegt, daß über die Abnahme der Arbeit bestimmte Grundzüge aufgestellt und daß feste Lohnsätze eingeführt würden. Jeder Menschenfreund muß wünschen, daß die Regierung bald mit einem solchen Gesekzentwurf hervortreten möge. Vielleicht empfiehlt sich, einen besonderen Abschnitt in die Gewerbeordnung mit der Ueberschrift „Heimarbeiter“ einzufügen, der alle diese Bestimmungen enthält. Im Anschluß daran könnte dann später die Hausarbeit gesetzlich geregelt werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Die Regierung bedauert es sehr, daß die Konfektionäre den Tarif verlassen haben, den das Einigungsamt aufgestellt hat. Ich bedaure es sehr, daß die Arbeitgeber diesen Tarif einseitig verlassen haben. Seit jener Februartage über den Streik der Konfektionsarbeiterinnen sind wir nicht müßig gewesen. Wir haben Vorschläge ausgearbeitet, wollten aber das Ergebnis der Enquete über die Lage der Arbeiterinnen in der Konfektion erst abwarten. Dem Reichskanzler sollen diese Vorschläge erst unterbreitet werden. Sie begreifen daher, wenn ich mich auf die Anwendung beschränke, daß unsere Vorschläge sich im Rahmen der Ausführungen des Abg. v. Hehl bewegen. Wir heabsichtigen also, dem Bundesrathe folgende Vorschläge zu machen: Erstens, die Arbeiterschutzbestimmungen der §§ 135 bis 139 b der Gewerbeordnung und ebenso die Gewerbeinspektion auf die Werk-

stätten auszudehnen, ferner den Arbeitsvertrag in bestimmte Formen zu bringen, etwa dahin, daß ein Lohnbuch vorgeschrieben wird, in dem die Arbeitsbedingungen ganz bestimmt formuliert werden. Ferner wollen wir die Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung ausdehnen. Durch die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht hoffen wir auch, den sanitären Uebelständen der Heimarbeiter Herr zu können. Ich bitte also die Herren, sich nur noch kurze Zeit zu gedulden, dann werden wir hoffentlich soweit sein, um positive Vorschläge machen zu können. Was die Anfrage des Abg. Hüpeden bezüglich der Februar-Erlasse betrifft, so ergeht sich der Bundesrat nicht in akademischen Betrachtungen, er wartet vielmehr ab, ob von irgend einer Seite, sei's vom Präsidium oder von einer Landesregierung, geheimerische Vorschläge gemacht werden. Zu dielem wird dann vom Bundesrathe Stellung genommen, und sie werden von ihm besonders dahin geprüft, ob die Vorschläge mit den Erlassen von 1890 harmoniren.

Freiherr von Stumm (N.D.) polemisiert gegen den Abgeordneten Professor Hüpeden, der beim Bürgerlichen Gesekbuch Gelegenheit gehabt hätte, das gegen ihn vorzubringen, was er dann später in seiner (Redners) Abwesenheit vorgetragen hätte. Mangel an Wahrheitsliebe sei ihm nie vorgeworfen worden. Ich stehe immer auf dem Boden des Zusammenwirkens von Arbeitgebern und Arbeitern. Ich habe immer betont, wie gern ich den Vorschlägen des Arbeiterrathes Folge, da ich alle Einzelheiten nicht kennen kann; das sollte auch Herr Hüpeden wissen. Etwas Anderes ist es, wenn die Arbeiterorganisationen zu ihnen fremden Zwecken mißbraucht werden durch die Sozialdemokratie. Durch das Vorgehen der Freunde des Herrn Hüpeden ist förmlich die Gefahr in dieser Richtung bedeutend gewachsen; Herr Mannmann und seine Helfershelfer haben sich als Freunde der Sozialdemokratie bezeichnet, und in Erfurt hat man das Christenthum in gewissem Grade abgehaßt. (Abg. Hüpeden: Aus der Politik.) Herr Köstke ist durch das Amtsgericht von dem Vorwurf nicht entlastet worden, mich wissenschaftlich verleumdet zu haben. Es ist unwahr, wenn der Herr Redner behauptet, die gegen mich erhobenen Beleidigungen seien von dem Konfessionsamt anerkannt worden. Ich bin auch niemals gegen die evangelischen Arbeitervereine als solche aufgetreten, trotz der Legende, die durch die Presse läuft; ich habe durch meine Aeußerung lediglich die Klugheit solcher Vereine unter meinen Arbeitern widererhalten im Interesse der konfessionellen Eintracht. Verboten habe ich sie aber auch nicht. Ich soll gesagt haben: „Wer nicht in allen Dingen für mich ist, ist gegen mich.“ Das ist auch nicht der Fall, ich habe diese Aeußerung im Gegentheil auf's Schärfste dezavonirt. Es wäre auch unmöglich bei 30jähriger politischer Thätigkeit, wo ich schon mit allen Fraktionen im Hause verhandelt habe, mit Ausnahme vielleicht der Sozialdemokraten. Ich möchte nie einen gefährlicheren Gegner im Leben haben als Herrn Hüpeden. (Bravo!)

Auf eine Anfrage von Vielhaben (Anti), betr. die Bäckerverordnung, antwortet

Staatssekretär v. Bötticher: Er habe an die verbündeten Regierungen ein Schreiben des Inhalts gerichtet, man möchte im Hinblick auf die Klagen der Interessenten die Wirkung der Bäckerverordnung prüfen und ihn darüber informieren. Die Antwort sei noch nicht von allen Regierungen eingetroffen, einzelne Antworten gingen allerdings dahin, daß die Bäckermeister theilweise klagten. Einmüthig seien alle Regierungen darüber einig, daß sich jetzt noch kein zutreffendes Bild über die Wirkung geben lasse. Alle Schritte die darauf hingielen, schon jetzt eine Revision der Verordnung herbeizuführen, müßten vergeblich sein.

Vebe! (S.D.): Wir erwarteten heute von Herrn Vielhaben eine Art Sturmlosung gegen die Bäckerverordnung, aber er hat sich überraschend zurückhaltend benommen. Nach dem, was Herr von Bötticher gesagt hat, steht die Sache noch in der Schwebe. Wie leicht kommt der Sturmlosung von Herrn von Kardorff, der sich bei der Rede des Ministers mit Eifer zum Wort meldete. Im Mai waren die Parteien des Hauses mit Ausnahme der Herren vom Centrum ein Herz und eine Seele gegen die Verordnung, die eine Art sozialer Revolution in unserem Erwerbsleben herbeiführt. Diese Auffassung ist durch die Art der Agitation durch die Bäckermeister noch verflärt worden. Redner erinnert an die Verhandlungen des Bäckertages in Breslau, wo die Bäckermeister einen Ton anschlugen, wie er in einer Versammlung von Parvaren nicht wüßter erklingen könnte. Es ist interessant, wie insbesondere die Bekämpfung der Sonntagsarbeit von jenen Herren bekämpft wurde. Nach der Statistik der Kommission für Arbeiterstatistik gab es damals unter den 4000 Betrieben, die für die Angaben vorlagen, nicht weniger als 2941, in denen die Sonntagsarbeit bis zu zwölf Stunden dauerte, 366, in denen sie 12 bis 14, 221 in denen sie 14 bis 16, 61, in denen sie 16 bis 18 Stunden und 8 Betriebe, in denen sie 18 Stunden dauerte. Der Bäckerarbeiter ist der geplagte Mann, er hat nicht 300, sondern 365 Arbeitstage jährlich, er arbeitet unter Bedingungen, die viel schlimmer und trauriger sind, als die der meisten anderen Arbeiter, in Vofalen, zum großen Theil unter der Erde, Luft- und Lichtlos, überhitzt, vom Staub erfüllt. Wenn die so riesig ausgeübte und malträtierte Arbeiter-schaft die Herabsetzung der Arbeitszeit auf ein menschenwürdiges Maß verlangt, sollten Alle, besonders die, welche sich hier als Vertreter des Christenthums ansprechen, alles aufbieten, daß die Regierung zu deren Schutz etwas thut. Was geschieht statt dessen? Von allen Seiten energische Opposition. Man erklärt, das Vorgehen der Regierung sei nicht im Einklang mit dem Gesek. Die Bäckermeister lieben es darauf ankommen, aber die Gerichte entschieden in allen Fällen, die Verordnung sei rechtmäßig. Da es so nicht geht, sollen Reichstag und Regierung veranlaßt werden, die Verordnung aufzuheben bzw. zu modifiziren. Wenn das Bischen Sozialreform aber nicht die reinste Phrase sein soll, darf es nicht geschehen. Die Meister behaupten, ihr Gewerbe ginge durch die Verordnung zu Grunde. Nun, kann ein Gewerbe nur aufrecht erhalten werden, wenn die Arbeiter in ihm unter den menschenwürdigen Bedingungen Nacht für Nacht arbeiten, dann mag es auch zu Grunde gehen! (Sehr richtig!) Es geht aber nicht zu Grunde. Viele Meister kommen doch mit der Verordnung aus. Ist doch die zwölfstündige Arbeitszeit in dem Munde des Herrn v. Berlepsch schon zu einer 13stündigen geworden, und

auch Ueberarbeit ist unter besonderen Umständen gestattet. Wie traurig müssen die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiterklasse bestellt sein, wenn eine solche Verordnung schon einen Fortschritt darstellt. Herr von Berlepsch meinte seiner Zeit, die Leute könnten außerhalb der 13 Stunden noch mit allerlei Nebenarbeit beschäftigt werden; diese Nebenarbeiten sind von Herrn Vebe! so definiert worden, daß das Mehlabtragen, Kohlen- und Holzeintragen, Holz-haden dazu gehört. 3 Stunden können die Leute täglich mit diesen unangenehmen und schweren Arbeiten beschäftigt werden, so daß glücklich die 13stündige Arbeitszeit festgelegt ist. Dänen, Pfenden und Geln wird ja mehr Ruhe gegönnt. Wie wird aber jene Verordnung gehandhabt? Die Berliner Postzeitung läßt regelmäßig Kontrolle, aber oft unter eigenthümlichen Bedingungen. Vorgeschrieben ist, daß der Unternehmer der die Leute über die Normalzeit hinaus arbeiten läßt, die Tafel zu durchlöcher hat, damit der Kontrolbeamte feststellen kann, an wie viel Tagen Ueberarbeit stattfand, ob nicht etwa die vorgeschriebene Zahl 40 überschritten wird. Kürzlich hat man ein höherer Kontrolbeamter hier einem Meister angetragen, die Tafel im Laden aufzuhängen, wo sie der Kontrolle der Arbeiter entzogen ist. In allen Uebertretungsfällen sind die Strafen außerordentlich milde ausgefallen, sie wirken auf die Bäckermeister geradezu als eine Ermuthigung, weiter gegen die Verordnung zu verstoßen. Ich habe hier eine Statistik, die von Berliner Bäckerarbeitern mir zugesandt worden ist. Danach wird die Verordnung in Berlin in 391 Betrieben innegehalten, in 184 Betrieben aber nicht. In 7 Betrieben wird sogar 18 bis 20 Stunden gearbeitet. Der Lehrlingsbeschlag, der in der Verordnung enthalten und vielleicht das Beste der ganzen Verordnung ist, wird gar nicht beobachtet. Früher mußten die Lehrlinge länger arbeiten als die Gesellen, jetzt sollen sie im ersten Jahre nur 10 Stunden, in den beiden letzten Jahren 11 Stunden beschäftigt werden. In dem alten Zustande hat sich aber nichts wesentlich geändert. Und davon merkt die kontrollirende Polizei nichts. Es giebt Lehrlinge, die von 2 Uhr Nachts bis 7 Uhr Abends arbeiten müssen ohne Pause. Danach ist doch die ganze Kontrolle für die Maße. Es müssen für die Bäckereien spezielle Gewerbe-Inspektoren ernannt werden. Um das Verbot der Sonntagsarbeit kümmern sich die frommen Bäckermeister, die in den kirchlichen Synoden sitzen, gar nicht. Wenn es sich um den Profit handelt, dann ist eben Kirche, Religion oder Patriotismus zum Teufel. Unter den Bäckereigefellen herrschen die meisten Geschlechtskrankheiten. (Abg. Kardorff: Zur Sache!) Das gehört hierher, und sorgfältige hygienische Kontrolle thut noth. Die ekelhaftesten Krankheiten kommen unter den Bäckereigefellen vor. Der Bundesrat möge einmal Verzeze zur Untersuchung der Arbeits- und Schlafstätten in die Bäckereien beordern, er wird Dinge zu hören bekommen, daß Einem die Haare zu Berge stehen. So schlecht sind die Verhältnisse nicht in allen, aber in sehr vielen Bäckereien. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Ich kann nicht dazu raten, eine nochmalige Enquete über die Verhältnisse in den Bäckereien zu veranstalten, da sich in den letzten zwei Jahren nichts geändert haben wird. Ich muß aber gegen den Vorwurf protestiren, daß meine Anfrage irgendwie parteiisch ausgenutzt worden ist. Die Regierung wird weder den lauten Klagen von rechts, noch den lauten Klagen von links unbedingtes Gehör icheuten.

von Kardorff (N.D.): Es ist nur zu wünschen, daß diese Entscheidung nicht so lange auf sich warten läßt, bis die Mehrzahl der kleinen Bäckermeister zu Grunde gegangen ist. Der Abg. Vebe! hat maßlos übertrieben, das geht schon aus der Statistik hervor, wonach das Bäckerergewerbe eine der gesundesten Beschäftigungen ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auf die Materie selber will ich nicht eingehen, da wir uns mit ihr ja an einem der nächsten Schwerrnstage beschäftigen werden. Nur so viel will ich sagen: ich bin und war absoluter Gegner jeder Bevormundung erwachsener Arbeiter (Lachen bei den Sozialdemokraten), also auch des Maximalarbeitstages.

Graf Stolberg (K.): Wir haben unseren Standpunkt zur Bäckerverordnung nicht verändert. Wir glauben nicht, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter in diesem Gewerbe ungünstiger ist, als in anderen, so daß sich also eine Ausnahmeverordnung nicht rechtfertigen läßt. Die Wirkung der Verordnung ist schädlich, die kleinen Betriebe werden ruiniert und das gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen gestört. Ich kann nur den Bundesrat bitten, die Verordnung möglichst bald zu modifiziren.

Hüpeden (Christlich-soz.) vertheidigt die National-sozialen gegen die Angriffe Stumms. Das Wort „christlich-sozial“ sei kein Ausruf, sondern habe eine tiefe Bedeutung. Wie könne man behaupten, daß sie, die gegen die marxistischen Doktrinen kämpfen, die Arbeiter in das Lager der Sozialdemokratie führen? Die Bäckerverordnung wird gar nicht durchgeführt, und das Ausschlimmste sind Bestimmungen, hinter denen kein genügender Ernst steht. Die Einwände gegen die Verordnung sind bedeutungslos. Die Einschränkung der Arbeitszeit ist eine Kulturforderung; wir wollen nun im Gegensatz zu der Sozialdemokratie keinen Normalarbeitsstag, der Alles über denselben Kamm scheidet. Ich bin unbedingt dagegen, daß die Regierung die Verordnung wieder aufhebt, die die Meister gegen Schmutzkonkurrenz schützt und für die Gesundheit der Gesellen unbedingt notwendig ist. Durch Koalition können sich die Gesellen nicht helfen, weil sie schwer zu organisiren sind. Eine zwölfstündige Arbeitszeit genügt vollkommen für das Gewerbe.

Dr. Bachmick (S.D.): Die Darstellung Vebe!s nöthigt zu einer Erwiderung. Er hat wieder das Bild der reaktionären Masse angewandt und gethan, als sei von seiner Partei und dem Centrum abgesehen, die Mehrzahl des Hauses gegen den Schutz der Bäckereigefellen. Das stimmt für die Linke nicht. Wir sind nicht gegen den Schutz, sondern nur gegen diese Verordnung, und zwar deswegen, weil der durch sie eingeführte Maximalarbeitsstag eine Prämiierung der großen Betriebe darstellt. Wir haben keine Veranlassung, die Tendenz auf Vernichtung der kleinen Betriebe zu beschleunigen. Es giebt ja außer dem gewählten noch andere Wege zum Schutz der Bäckereigefellen. Wir machen den Vorschlag, eine Maximalarbeitswoche einzuführen, und damit sind auch die Bäckermeister einverstanden. Wir wünschen, daß im weiteren Ver-

kaufe der Erwägungen dieser Gedanke von der Mehrheit der Mitglieder akzeptiert wird.

Die haben (Nitz) will sich keine Erwiderung auf die Rede des Reichstages ansetzen, an dem der Rittmeister Kardorff-Kantienfel zur Verhandlung kommt.

Dr. Hise (Z.) Mit Modifikationen der Verordnung wären auch wir einverstanden, nur nicht mit der nackten Aufhebung. Von einer einfachen Aufhebung darf nicht die Rede sein; mit diesem Gedanken müssen sich die Bäckermeister vertraut machen. Es muß etwas geschehen. Als guter Freund rathe ich den Bäckermeistern, sich nicht nur in Oppositionspolitik zu gefallen, sondern positive Gegenmaßnahmen zu machen. Au den Herrn Staatssekretär richte ich die Bitte, die anstehenden Arbeiterkammerordnungen des Bundesrates im Vorhinein zu veröffentlichen. Der Reichstag wird gewiß geneigt sein, die Kosten dafür zu bewilligen. Das Material ist zu interessant und zu wichtig. Die Berufsvereinigungen werden diese Veröffentlichung auch dankbar begrüßen, ebenso die Gewerbaufsichtsbeamten.

Staatssekretär von Bötticher sagt nun dem Vorredner die Erfüllung seines Wunsches zu.

Fischer (Np.) erklärt, daß auch seine Partei nicht wünscht, daß der Zustand, wie er vor der Verordnung bestanden hat, wiederhergestellt werden soll. Wir sind aber für Modifizierung. Dem Abg. Bittel erwidere ich, daß mein Kollege Richter ausdrücklich sich für gewisse Bestimmungen für die Bäckermeister ausgesprochen hat. Bei der Sympathie für die Bäckermeister bei der Mehrheit ist wohl ein gut Teil Agitationspolitik im Spiele. Der konstitutionelle Standpunkt des Abg. v. Kardorff ist umso mehr verwunderlich, als seine Partei ja gerade es gewesen ist, welche dem Bundesrathe die Befugnis zum Erlaß der Verordnung gegeben hat.

Freiherr v. Stumm (Np.): Der Streit, ob die Verordnung aufgehoben oder modifiziert werden soll, ist ein Streit um Kaiser's Wort. Die Verordnung kann aufgehoben und durch eine andere ersetzt werden, sie kann auch so modifiziert werden, daß die Modifikation einer Aufhebung gleichkommt. Erfreulich ist es, daß fast alle Parteien eine Modifizierung wünschen, selbst Herr Hise. Mit diesem Erfolg können die Bäckermeister sehr zufrieden sein. Redner polemisiert scharf gegen den Abg. Hübschen und verwahrt sich dagegen, solchen Widerspruch getagt zu haben, wie ihm dieser in den Mund gelegt habe. Wie könne er denn glauben, daß jeder Mensch Christ sei, wo hier im Hause Leute sitzen, die offen erklären, unchristlich zu sein. Auf seinen Anspruch, die Sozialdemokratie sei eine Ausgeburt der Hölle, habe ich von den Sozialdemokraten Niemand gewort. (Große Heiterkeit.) Die Arbeiter brauchen nicht die Erziehung des Herrn Hübschen. Er solle sich lieber selbst erziehen und besser sozialpolitisch bilden.

v. Dziewbowski (Pole) fragt den Staatssekretär, ob Alles geschehen sei, um die Ersetzung für den Abg. Holz recht schnell in die Wege zu leiten.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, er habe keine Anordnungen getroffen und zweifle nicht, daß der preussische Minister des Innern ihnen Folge geben werde.

Dr. Lütgenau (S.D.): Herr v. Stumm stellt die Sache so dar, als hätten alle Parteien eigentlich die Bäckerverordnung verworfen. Es haben sich aber fast alle Parteien mit der Tendenz der Verordnung einverstanden erklärt. Herr Hise ist allerdings dem Herrn v. Stumm heftigst entgegengetreten. Hoffentlich wird die Verordnung nicht in der Weise modifiziert, wie es jetzt beim Vereinsgesetz geschehen soll, wo ja auch Herr v. Stumm der Modifikation gewesen ist. Der Erfolg, den er auf diesem Gebiete anerkennend erlangen hat, wird ihn gewiß nicht rufen lassen. Die Reichstagsmehrheit hat allen Anlaß, den beim Vereinsgesetz betretenen Weg nicht zum zweiten Mal zu gehen. Wir müssen uns gegen jede Modifikation erklären, so lange wir nicht wissen, wie diese Modifikation aussieht, und die von der freisinnigen Vereinigung schon vorgeschlagene Normal-Arbeitswoche an Stelle des Normalarbeitstages kommt mir vor wie eine theoretische Verbeugung vor der Sozialpolitik. Herr von Kardorff will den Arbeiter vor Bevormundung schützen. Beim Arbeiterchutz handelt es sich aber nicht um eine Bevormundung durch den Staat, sondern darum, daß der Arbeiter Einfluß gewinnt auf den Staat, daß das Gesetz, das heute nur dem Arbeitgeber kommt, künftig auch dem Arbeiter fremde. Die Arbeiter sind sehr dünn gesetzt, die auf die Argumentationen des Abg. von Kardorff reinkommen. Herr von Stumm ist gegen die Arbeiterorganisation, weil er sagt, diese müsse Agitatoren, welche nur ihre eigenen Interessen, nicht die der Arbeiter wahrnehmen. Wenn aber diese Agitatoren nur das Organ der Arbeiterorganisation sind, wie können sie dann zu Herren dieser Organisation werden, wie können sie dann ein fremdes Element bilden? Das ist doch ein vollständiger Widerspruch in sich. Nein, Herr von Stumm ist es, der die Arbeiter bevormunden will, indem er ihnen die selbständige Organisation nicht einräumt, indem er sie zusammen mit den Arbeitgebern organisieren will, indem er in der Verbindung Weiber, da wo sie Weiber zusammenfassen, den Arbeitgeber seinen Einfluß ausüben lassen will auf die Abstimmung und die Geltung der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Stumm hat den Nationalsozialen das Christentum abgeprochen, weil es nicht in ihrem Programm liegt. Ja, steht es denn im Programm der Freikonfessionen? Ein sonderbares Christentum fürwahr, das Herr v. Stumm vertritt, er will keine selbständige Organisation der Arbeiter, keine Sonntagsruhe für sie und kein Interesse an christlichen Vereinen hört gerade da auf, wo diese das selbständige Interesse der Arbeiter verfolgen. Stumm nannte uns unchristlich, ich fordere ihn auf, unser Programm zu lesen. Wir behaupten die Religion als Inerlichkeit der Individualität! Es ist unklar, daß wir die Religion bekämpfen. Wie im Kopfe eines Anderen sich das Weltbild malt, kann mir nicht wehe thun. Wir protestieren nur gegen den Mißbrauch der Religion zum Zwecke der Unterdrückung und Ausbeutung. — Mein Fraktionsgenosse Möller hat gestern ein ganz ungeheures Material über die Lage der Bergarbeiter und die Mangelhaftigkeit der Berichte der Berginspektoren hier vorgelesen. Diese Berichte verdienen in der That kritische Aufmerksamkeit, sie sind durchweg vom Standpunkt des Schutzes und gar nicht von dem des Sozialpolitikers verfaßt. In einem Review hier nach dem Berichte der Bergbehörden Preussens 1895 von den 7574 Mitgliedern der Anaptschaft nicht weniger als 92,9 v. H. ärztlich behandelt worden. Ein Grund für diese horrenden Thatsache wird in den Berichten nicht angegeben; diese Berichterstattung erfüllt ihren Zweck nicht. In meinem Wahlsitz wohnen mehr als die Hälfte der deutschen Bergarbeiter; sie sind mit dieser Berichterstattung sehr unzufrieden. Ebenso ist auf die detaillierten Beschwerden Möllers hier keine Antwort erfolgt. (Staatssekretär v. Bötticher: Ich bin kein Bergmann.) Das ist eine Entschuldigun für ihn persönlich, aber keine dafür, daß eine Antwort vom Regierungssitz überhaupt nicht erfolgt. Die deutschen Bergleute haben in der ganzen Sozialreform eine gewisse Rolle mitgespielt. 1890 hieß es in dem Erlaß, die Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe sein. Jetzt ist eine durchaus rückläufige Bewegung eingetreten. Die Löhne sind relativ und absolut zurückgegangen. Die ganze Sozialreform, die damals eingeleitet wurde, ist zu Grabe gelandet worden. Die Bergleute ziehen daraus die Erkenntnis, daß sie von der Regierung und den Mehrheitsparteien nichts zu erwarten haben und werden diese Erkenntnis zur gegebenen Zeit zu verwerthen wissen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Häffel (Np.) befürwortet Maßnahmen gegen die Trunksucht. Die Entmündigung der Trunksüchtigen ist eine Nothwendigkeit. Die Gesetzgebung gegen Trunksucht müsse prophylaktischer Natur sein.

Staatssekretär von Bötticher: Gegen die Trunksucht ist durch Änderung der Bestimmungen über den Schnapsauschank und durch einige Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches bereits etwas geschehen. Ein Gesetzesentwurf gegen die Trunksucht liegt angearbeitet vor; ich glaube aber kaum, daß der

Reichstag in dieser Session Zeit findet, sich hiermit zu beschäftigen.

Dr. Hise (Z.) bestritt dem Abg. Dr. Lütgenau gegenüber, daß er den Anträgen der Bäckerverordnung zu viel zugegeben habe. Die Frage der Bergarbeiterverhältnisse gehört an und für sich nicht hierher; die Bergwerksbeamten haben nur zu referieren über die Lage der jugendlichen Arbeiter. Redner drückt seine Verwunderung darüber aus, daß der Staatssekretär ein Gesetz zu wünschen der Arbeiter in der Konfession angekündigt habe. Er wolle aber betonen, daß die Berichtliche des Staatssekretärs sich vollkommen mit denen der Reichskommission für Arbeiterpolitik decken.

Werner (S.D.) kommt auf die gestern erwähnte Forderung des sächsischen Ministers des Innern über die „Bücherei“ Handhabung des sächsischen Vereinsgesetzes gegen die Sozialdemokratie zurück. Nur durch eine willkürliche Auslegung des Gesetzes ist die verschiedenartige Behandlung der Parteien möglich. Die Arbeitervereine werden aufgelöst, die Versammlungen verboten. Wir leben in Sachsen, als wenn das Sozialistengesetz noch bestände. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der sächsische Bundesratsvertreter hat den unglücklichen Anspruch des preussischen Justizministers: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe“, hier hervorgehoben und damit nur bestätigt, daß in Sachsen mit zweierlei Maß gemessen wird. Unglücklicher konnte er wirklich nicht operieren. Von dem preussischen Justizminister war es, als er das Zitat gebrauchte, auch heißen: „Doch kann ich ihm das Wort entziehen, möcht' er's im Busen gern bewahren.“ (Heiterkeit.) Und jetzt wird ihm mit diesem Worte wieder ein solches Viertelstündchen bereitet. Ich glaube, den Herren in der Debatte wird es manchmal unheimlich vor ihren sächsischen Kollegen. (Heiterkeit.) Nehmen Sie nur so fort, Sachsen so zu vertreten, wir sind Ihnen nicht böse darüber! (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Werner (S.D.) schildert die Lage der Arbeiter in den Ziegeleien und erklärt eine Regelung der Arbeitszeit für dringend notwendig. Frauen, jugendliche Arbeiter, ja Kinder werden maßlos herangezogen, eine Verklärung der Kontrolle ist dringend zu empfehlen. Es wäre ein Unglück, wenn durch eine Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit eine Anzahl Betriebe in ihrer Existenzmöglichkeit eingeschränkt würde. Dann ist eine Förderung der Arbeiterorganisationen erforderlich. Sollen Verbesserungen eintreten, so können sie nur durch die Möglichkeit leichter Organisation der Arbeiter eingeführt werden. Der Herr, der Kapitellist, ist zwar der gute Mann, und alles Böse thut der Zwischenschlichter, aber der Herr läßt sich das ganz gern gefallen, er steckt das Wech in die Tasche und arbeitet mit dem Zwischenschlichter unter einer Decke. Das verbotene Drucksystem ist ausdrücklich konstatirt worden. Die Arbeiter mühen sich um Hungerlohn, den sie erhalten, noch Abgaben machen. Eine ungehinderte Organisation der Arbeiter würde auch da Abhilfe schaffen. Es ist dringend nötig, daß die Regierung auf Abhilfe sieht. Auch für diese Arbeiter muß der Reichstag sorgen. Miferabel sind die Wohnungsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter. Das geht aus den Berichten der Gewerbeinspektoren deutlich genug hervor. Einer von ihnen nennt die Wohnungsverhältnisse menschenunwürdig. So erfüllen die konservativen und liberalen Grundbesitzer ihre Pflicht gegen die Ziegeleiarbeiter! Alle Berichte sind einig darin, daß die Schlafstellen von Schmutz narren, Mädchen und Männer schlafen in den Ziegeleien häufig zusammen. Es herrschen auch sonst furchtbare Zustände. Polizeiverordnungen könnten etwas helfen. Aber es wird Sache der Regierung sein, hier helfen einzugreifen. Die Unternehmer, die aus den Knochen der Arbeiter Profit herauszuschlagen, müssen gehalten werden, für menschliche Wohnungen zu sorgen. Mit den traurigen Zuständen hängt das ganze Kapitel der Wanderarbeiter zusammen. Die Wanderarbeiter sind ein Zeichen für die schlechten Zustände im Flein. Wenn die Arbeiter zu den Fabrikinspektoren kein Vertrauen haben, so wundert uns das nicht. Die Arbeiter müssen das Recht haben, die Aufsichtsbeamten zu wählen. Es wäre vielleicht auch gar nicht von der Hand zu weisen, wenn die gewählten Vertreter des Volkes das Recht hätten, über die Ausführung ihrer Gesetze zu wachen. Das Recht für die Ziegeleiarbeiter muß in der Zukunft besser gesorgt werden als bisher. (Bravo bei den Sozialdem.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Der Präsident macht Mitteilung von dem heute erfolgten Ableben des Abg. Stephan-Torgau (Np.). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise.

Nächste Sitzung Donnerstag, 1 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verhandlung.)

Politische Standpunkte in Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hat Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen, aber die Mehrzahl der Abgeordneten scheint die weihnachtliche Erholungs-pause noch auf eigene Faust verlängern zu wollen. Noch nicht hundert Volksvertreter hatten sich eingefunden. Nur die Plätze unserer Fraktion wiesen fast keine Lücke auf. Die Verhandlungen setzten beim Etat des Reichsamts des Innern ein und gestalteten sich zu einer ausgedehnten sozialpolitischen Debatte. Es wurde fast ausschließlich über Arbeiterschutz, Gewerbeinspektion und Sonntagsruhe gesprochen. Der Sozialpolitiker des Zentrums, der Abg. Hise, eröffnete die Diskussion. Seine sozialpolitischen Wünsche waren recht bescheidener Art, sie gipfelten in dem Verlangen nach einer Zusammenstellung aller in den einzelnen Provinzen bisher erlassenen Arbeiterschutzverordnungen und in Schutzbestimmungen für die Arbeiter in Eisfabriken, die der Mißbrandanfechtung ausgeführt sind. Hier hatte es Herr von Bötticher mit der Antwort sehr bequem. Er konnte versichern, daß das Reichsamt des Innern die Vorarbeiten bereits erledigt hatte und demnächst mit Vorschlägen an den Reichstag herantreten werde. Die gewünschten Zusammenstellungen würden in den nächsten Tagen erscheinen. Ebenso seien Schutzbestimmungen für die Arbeiter in den Thomaschladennüßeln, den Gummifabriken, den Buchdruckereien und den Fabriken für Alkalibromate im Werke. Der Frage des ultramontanen Redners nach der Vermehrung der Fabrikinspektoren wich der Minister durch die Erklärung aus, daß dies Sache der Landesregierungen sei. Auch der Redner der freisinnigen Volkspartei, Abg. Schneider, trat Herrn v. Bötticher nicht ernstlich in den Weg. Seine Frage, wie es mit der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren stehe, beantwortete der Staatssekretär mit der Erklärung, daß hierfür in Preußen keine Aussicht wäre. Ganz anders als die Ausführungen der Vorredner klang die Rede des Genossen Fischer. Sie war eine gründliche Abrechnung der neuesten Sozialpolitik, die unter dem Zeichen: Wohlthun zurück! stehe. Mit besonderem Nachdruck hob unser Redner hervor, daß alle Vorschläge, die der Reichstag in

früheren Jahren über die Mangelhaftigkeit des Fabrikinspektors erhoben hat, unberücksichtigt geblieben sind. Unsere Forderungen lauten nach wie vor: Uebernahme der Fabrikinspektion durch das Reich, weibliche Fabrikinspektoren, Vermehrung des Aufsichtspersonals und nicht in letzter Linie Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbeaufsicht. Das sozialpolitische Unverständnis, wofür besonders die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren Belege in Fülle bieten, erfährt eine scharfe Beleuchtung. Die Erwiderung des Herrn von Bötticher ging auf den Kernpunkt der Rede überhaupt nicht ein. Daß die allgemeine Versicherung, der sozialpolitische Kurs der Regierung sei der alte geblieben, der Fälle von Material gegenüber, daß unser Redner für die gegenseitige Ansicht erbracht hatte, keine Widerlegung war, dürfte unbestritten bleiben. Genosse Wurm unterstützte den Angriff auf das Kräftigste. Er hatte sich die Verlegungen der Sonntagsruhe zum Thema gewählt und bezog sich eingehend die Zustände in den Mühlen und Ziegeleien, wo die Verletzung des dritten Gebots beinahe die Regel ist. — Herr von Bötticher wälzte die Verantwortung für die angegriffenen Verordnungen auf die Landesregierungen ab; der sächsische Bundesbevollmächtigte Dr. Fischer aber akzeptierte den prächtigen Satz des preussischen Justizministers: sidno facinet, idem, non est idem (wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe) ausdrücklich für Sachsen, soweit die Behandlung der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in Frage kommt. Das haben wir allerdings seit Langem gewußt. Am Schluß der Sitzung ging Genosse Möller noch ausführlich auf den Arbeiterschutz der Bergleute ein.

Das Auswanderungsgesetz, das in Kürze dem Reichstage zugehen wird, beschränkt sich, wie der „Hamb. Korr.“ bestätigt, auf die Auswanderung nach außerdeutschen Gebieten. Die Frage der Besiedelung der Schutzgebiete ist aus dem Entwurf ausgeschlossen.

Neue Militärausgaben! Eine durchgreifende Veränderung steht, nach der „Post“, in den Abzeichen (Käseklappen, Anschlägen und Paipels) der einzelnen Truppentheile bevor.

Der Streit wird nun bald fertig sein, mit welchem die Bäckerverordnung des Bundesrats erdroffelt werden soll. Aus Anlaß der vom Reichskanzler angeordneten Erhebungen darüber, ob sich im Bäckergewerbe durch die Einführung des Maximalarbeitstages bereits wirtschaftliche Schädigungen bemerkbar gemacht haben, hat auch der Vorstand des 45 Innungen umfassenden Unterverbandes „Norddeu.“ sich an diese mit der Aufforderung gewandt, ihm Material einzusenden, auf Grund dessen der Regierung der Nachweis der in Rede stehenden Schädigungen erbracht werden könne. Die nun eingegangenen Berichte, an denen sich auch zwei der größten Innungen — die Hamburger und Altonaer — beteiligten, lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen. 1) Der Kleinbetrieb, wie er im Bäckergewerbe vorherrschend ist, ist durch die Einführung des Maximalarbeitstages in seiner Arbeitsfähigkeit untergraben. 2) Wirtschaftliche bzw. pekuniäre Schädigungen sind vorhanden, wenn es auch nur wenigen Meistern — namentlich in kleineren Orten — möglich ist, sie in Zahlen auszudrücken. Diese Schädigungen entstehen durch Verlust der Kundenschaft und geringeren Absatz von Waaren. 3) Das gute Einvernehmen zwischen Meistern und Gesellen ist zwar in den vorwiegend kleineren und mittleren Innungsorten nur vereinzelt gestört, dagegen in den größeren erheblich beeinträchtigt, der Meister ist den Gesellen und Lehrlingen „auf Gnade und Ungnade ganz in die Hände gegeben“. 4) In keinem Betriebe ist es möglich gewesen, die durch die Verordnung vorgeschriebene Maximalarbeitszeit ohne Einschränkung des Arbeitsquantums selbst innezuhalten. 5) Die Ausbildung der Gesellen und Lehrlinge leidet durch die Verordnung, und es ist ihnen auch die Aussicht zum Selbstständigwerden durch dieselbe genommen. Alles in Allem genommen, wird in den Berichten der Maximalarbeitsstag für un-durchführbar und für den Ruin des Bäckergewerbes erklärt. — Also nur der Erhaltung des Kleinbetriebes willen sollen die Bäckerarbeiter des gesetzlichen Schutzes gegen maßlose Ausbeutung entbehren. Die Allgemeinheit hat kein Interesse daran, daß die Gesundheit vieler Tausender von Arbeitern rücksichtslos vernichtet und damit die Existenz einer Anzahl von Unternehmern eine Sicherung erfährt. Betriebe, welche nur unter dieser Voraussetzung existenzfähig sind, verschwinden je schneller, je besser. Aber es ist nun nicht einmal wahr, daß die Existenzfähigkeit der Bäckermeister durch die Verordnung gefährdet wird. Sie wollen sich nur in ihrer Bequemlichkeit nicht stören lassen unbeschränkt schalten und walten können. Das ist der Kern der ganzen Debatte gegen den Bäcker-Maximalarbeitsstag.

Die Kabinettsordre über die Ehrengerichte der Offiziere stößt bereits auf Widerspruch in Offizierskreisen. Die bismarckischen „P. N. N.“ bringen eine Zuschrift, in der für verabschiedete und zur Disposition gestellte Offiziere ausdrücklich das Recht in Anspruch genommen wird, für den Fall, daß sie trotz Erledigung einer Angelegenheit durch den Ehrenrath sich in ihrer Ehre verletzt glauben, die Sache für sich nicht als erledigt anzusehen:

„Dies werde nur bei Ausführung des Ausgleichsvorschlages für die Beteiligten der Fall sein; es brauche aber nicht zu sein, wenn der Ehrenrath eine Entscheidung nach II. (wenn keine Ehrenerlegung angenommen wird) fällt, ebenso wenig auch, wenn das in II. vorgesehene ehrengerichtliche Verfahren zur Anwendung kommt. Daher sei nur durch die Ausführung des Ausgleichsvorschlages für die Beteiligten, sowie dem Offizierskorps gegenüber der Streitfall selbst als erledigt anzusehen, für eine Entscheidung nach II. es aber mindestens den Beteiligten zu überlassen, ob sie damit den Streitfall als vollständig erledigt betrachten wollen oder nicht. Trete Schöters ein, so werde es eben zum Zweikampfe wie bisher kommen, wobei mili-

tätigerhorts schwerlich eine andere...
wenn alle Formalitäten nach der...
sind, als die durch das deutsche...
Abmachung des Zweikampfes...
die Verordnung den Zweikampf...
Hier wird also die Befürchtung...
Offiziere zum Theil die Stabskorde...
nehmen und die dazwischen...
handlungen gegen die Ehren...
sonderlich hoch angeschlagen...
eines verabschiedeten Offiziers...
Höhnung der Absicht der Stabskorde.

Die Getreidehändler haben jetzt den...
proklamiert: Eine Organisation...
deutscher Getreide- und...
Handels außerhalb der Börse...
antwort auf die Kammerung...
stellen zu lassen, von ihnen...
Versammlung Delegierter von...
beschlüssen trat Sonntag und...
kommen, um über die durch die...
deren Ausföhrung für den...
Handel geschaffene Lage zu...
eingehender Diskussion über...
an Einstimmigkeit grenzender...
Stimmigkeit beschließen:

1. die Gründung einer...- 2. seitens der...
ermittelungen zu...
direkt zu veröffentlichen.

Die Statuten der vorgedachten...
als Zweck derselben in erster...
Ehre und des Ansehens ihrer...
Förderung der wirtschaftlichen...
Auch der Gedankensadon...
mühenpolitiker droht angesichts...
innerpolitischen Zustände...
hin gut regierungstreu...
neuesten Presseverfolgungen...
Zeitung" und der...
bemerkte das Blatt, diese...
Interesse der Staatsregierung...
zu bezweifeln, daß der...
gehen Kenntnis habe, denn...
Hilft Hohenlohe ein Gegner...
Die „Kölnische Zeitung“...
die Einzelheiten dieses...
ministern Vortrag halten...
im Zusammenhang mit...
Sachen der Sonntag...
politischen Charakter...
nützliches Licht zu...
Über wenn sich das...
Anrufungen des Reichs...
ist es sehr schief...
erst lernen, sich der...
die Hinterbeine zu...
man ihr nicht.

Handelsgesetzbuch. Offiziell wird...
Berathungen des neuen...
schüssen des Bundesrats...
todaß die Einbringung...
Woche im Reichstage...
Die Regierung...
Berathung der Vorlage...
durchzuführen sei.

Zur Abänderung der...
der „Vorwärts“...
haben will, im...
vorhanden sein.

Versammlungsverbote. Es wird...
Verbote wurde in...
abend nach...
einzelnen hatte. Verbote...
waren vier...
darunter eine...
In...
Borten der...
In...
die...
doch darf keine...
Es...
ende dennoch...
Am...
aus...
so lautet...
eine...
zu...
Da...
sich...
werden...
Mitt...
Gelegenheit...
kennen...
In...
Offensbar...
Sicherem...
die...
Dortmund...
der Staat...
gettet.

Dänemark. Der...
Aussand der...
Hafenstadt...
id...
Arbeitgeber...
sich auf...
sich einlassen...
sondern...
andere...
Arbeitgeber...
eigene...
Hafen...
Arbeitgeber...
zu...
Hafen...
zu...
Später...
Aussand...
auf die...
mit...
Hamburger...
woburd

dem Handelsstande große...
Verluste verursacht...
Die Verhandlungen...
Mitgliedern des...
Korn...
und dem...
Hafenarbeiter...
resultatlos...
und über...
Arbeitnehmer...
am...
Ausstände...
Theil. Der...
verlangt, daß...
Korn...
so lange...
Hamburg...
dauere, keine...
aus Hamburg...
besördere. Diesen...
Vorfall...
wird der...
jedoch nicht...
hieran sind...
die...
gehehert. Was...
Freitag v. U. 4...
an die...
den...
versteht.

Lübeck und Umgebung.

Achtung! Metallarbeiter! Der...
Schloßern, Schmieden,...
Brezimern, Bremern...
sonstigen...
Arbeitern nach dem...
Gmaillierwerk von...
Carl...
Söhne ist...
Alle...
Arbeiterväter...
wirden am...
Abdruck...
gebeten.

Die „Lübeckischen...
Anzeigen“ holen...
was sie bisher...
im...
Streit...
haben; mit...
Bollkammf...
ziehen sie...
gegen die...
Straßenden...
und ihre...
Freunde...
los. Die...
alte...
Natur — alles, was...
nach...
andrer...
Arbeitervogung...
riecht, zu...
begehen — ist...
wieder...
erwacht. Ein...
bedeutendes...
Zeichen...
für den...
gegenwärtigen...
Wand in den...
oberen...
Regionen! Das...
Neueste...
in diesem...
Feldzuge...
ist ein...
Artikel, der...
in der...
heutigen...
Morgennummer...
des...
Anstalt...
steht: „Zahlen...
reden“...
überschrieben...
ist und...
sich...
mit der...
Höhe...
der...
hierher...
gezählten...
und...
aufgebrachten...
Streikunterstützung...
beschäftigt. Wir...
drücken...
den...
Artikel...
vollständig...
ab, besonders...
beshalb, weil...
er...
unverhohlen...
die...
Wacht...
der...
bürgerlichen...
Solidarität...
der...
Arbeiterschaft...
zeigt. Der...
Artikel...
lautet:

Der...
Streit...
hat...
den...
Arbeitern...
beruht...
ca. 40.000...
Mark...
an...
Unterstützung...
geleistet. Die...
Zahl...
der...
in...
den...
Streit...
eingetretenen...
hat...
325...
betragen. Wenn...
jedem...
Streikenden...
durchschnittlich...
nur...
10...
Mark...
per...
Woche...
gezahlt...
sind, so...
kommen...
rund...
2000...
Mark...
per...
Woche...
heraus...
oder...
in...
dreizehn...
Wochen...
etwa...
40.000...
Mark. An...
Löhnen...
ist...
aber...
in...
diesem...
Zeit...
doch...
mühevoll...
die...
doppelte...
Summe...
verloren...
werden, da...
man...
nach...
den...
eigenen...
Anlagen...
in...
den...
sozialdemokratischen...
Versammlungen...
rechnen...
kann, daß...
durchschnittlich...
auf...
den...
Arbeiter...
ein...
Verdienst...
von...
20...
Mark...
entfallen...
Das...
macht...
insgesamt...
40.000...
+...
80.000...
Mark...
=...
120.000...
Mark, welche...
den...
bei...
Theil...
in...
den...
Streit...
eingetretenen...
und...
ihren...
Freunden...
durch...
völlig...
eigenen...
Verbinden...
entzogen...
sind. Wenn...
auch...
von...
den...
Par...
föderationen...
der...
sozialdemokratischen...
Partei...
noch...
immer...
von...
Provocateurs...
fabuliert...
wird, er...
der...
Thatsache...
ist...
nichts...
zu...
ändern, die...
Arbeiter...
haben...
die...
Lübeckische...
Fabrik...
unter...
Vergabe...
ihrer...
Arbeit...
gelegenheit...
aus...
„Solidaritätsgeld“...
verlassen, weil...
ein...
angeklagt...
in...
der...
Arbeitervogung...
in...
den...
verderblichen...
Reihen...
Stehender...
von...
der...
Fabrik...
entlassen...
war. Der...
genannten...
Summe...
gegenüber...
erscheint...
die...
in...
den...
Veranlassungen...
genannte...
Zahl...
von...
17.000...
Mark, welche...
von...
der...
hiesigen...
Arbeiterschaft...
aufgezeichnet...
sein...
soll, recht...
keim. In...
dieser...
Art...
von...
„Kapitalistischer...
Bewertung“...
des...
Solidaritätsgelds...
120.000...
Mark...
für...
einen...
Mann...
recht...
bedeutend...
ist. Mit...
diesem...
Kapital...
hätte...
wahrlich...
mancher...
Angelegenheit...
geschaffen, viel...
Geld...
gefunden...
werden...
können, wenn...
wirklich...
praktische...
Sozialpolitik...
betrieben. Außerdem...
ist...
hierdurch...
wieder...
einmal...
der...
Beweis...
geleistet, daß...
das...
vielgerühmte...
„Solidaritätsgeld“...
der...
Sozialdemokratie...
nur...
ein...
Wort...
ist, welchem...
Stimmen...
hinter...
hingeopfert...
werden, deren...
jungens...
Verwendung...
heute...
manchem...
Familien...
sicher...
erwünscht...
gewesen...
wäre. Wie...
schon...
oben...
gesagt...
Zahlen...
reden. Auch...
die...
Wacht...
der...
nackten...
Ziffern, die...
hier...
sine...
ira...
et...
studio...
zusammengestellt...
sind, dürfte...
sich...
vielleicht...
noch...
mancher...
vernünftige...
Arbeiter...
überzeugen...
lassen, daß...
es...
im...
Grunde...
genommen...
nichts...
Gründeres...
gibt, als...
wie...
das...
systematische...
Ausbeuten...
der...
kapitalistischen...
Führer...
der...
Sozialdemokratie.

Es...
hiesige...
Wasser...
in...
den...
atlantischen...
Ocean...
gießen, wenn...
wir...
nochmals...
aus...
mit...
der...
Redaktion...
der...
„Lüb. Anz.“, die...
auf...
einmal...
ihr...
arbeiterfreundliches...
Herz...
em...
deckt...
zu...
haben...
scheint...
über...
die...
wahren...
Ursachen...
des...
Streiks...
aneinander...
setzen...
wollten. Die...
Redaktion...
der...
„Lüb. Anz.“...
weiß...
ebenso...
gut...
wie...
wir, daß...
die...
Entlassung...
des...
einen...
Arbeiters...
lediglich...
dem...
Fas...
den...
Boden...
ausgeschlagen...
hat. Aber...
was...
tührt...
das...
alles...
einen...
bürgerlichen...
Stibenten? Er...
hat...
die...
Interessen...
des...
Kapitals...
wahrzunehmen...
und...
die...
Arbeiter...
zu...
vernünftigen...
den...
Arbeitern...
das...
Zuscherbrod...
hinzuhalten...
und...
zu...
geeigneter...
Zeit...
— wenn...
gerade...
kein...
Streik...
tobt...
— wieder...
die...
Peitsche...
auf...
ihrem...
Rücken...
tanzen...
zu...
lassen. Kommt...
er...
diesem...
nach, so...
hat...
er...
seine...
Pflicht...
bestens...
erfüllt...
und...
ist...
des...
Dankes...
gemäß. Es...
ist...
gar...
nicht...
so...
verwunderlich, wenn...
der...
Redaktion...
der...
„Lüb. Anz.“...
jedes...
Verständnis...
für...
das...
Solidaritätsgeld...
der...
Arbeiter...
abgeht. Die...
Vertreter...
der...
bürgerlichen...
Presse...
sind...
zu...
verblendet, um...
überhaupt...
einsehen...
zu...
können, daß...
die...
Solidarität...
die...
einzige...
Waffe...
für...
die...
Arbeiter...
ist, um...
das...
harte...
Loos...
einigermaßen...
zu...
bessern. Eine...
ganze...
Welt...
von...
Anschauungen...
trennt...
die...
bürgerliche...
Klasse...
vom...
aufstrebenden...
Proletariat...
und...
daher...
werden...
auch...
die...
bürgerlichen...
Presse...
menschen...
niemals...
die...
Ideen...
der...
modernen...
Arbeitervogung...
begreifen...
oder...
verstehen...
können; sie...
müßten...
denn...
zuvor...
alle...
sittlichen...
Werthe...
unwert...
hen! Was...
die...
thatsächlichen...
Angaben...
in...
dem...
Artikel...
der...
„L. Anz.“...
betrifft, so...
würden...
sich...
die...
ehemaligen...
Thiel'schen...
Arbeiter...
„königlich“...
getrennt...
haben, wenn...
ihr...
Wochen...
durchschnitts...
lohn...
20...
Mk. betragen...
hätte. Wenn...
die...
„L. Anz.“...
eine...
derartige...
Summe...
in...
den...
Versammlungen...
der...
Arbeiter...
gehört...
zu...
haben...
meinen, so...
hat...
sich...
ihr...
Bericht...
erstatter...
entweder...
verhört...
oder...
geschlafen, eines...
von...
beiden...
ist...
nur...
möglich. Doch...
Schwamm...
drüber! Der...
Appell...
der...
„Lüb. Anz.“...
an...
die...
„vernünftigen...
Arbeiter“, sie...
vor...
der...
Solidarität...
der...
Arbeiter...
gruselig...
zu...
machen, wird...
auch...
nicht...
— um...
Sprichwörtlich...
zu...
reden...
— einen...
Hund...
hinter...
dem...
Ofen...
vorlocken. Die...
vernünftigen...
Arbeiter...
bedanken...
sich...
bestens...
dafür, ihre...
Interessen...
von...
der...
bürgerlichen...
Presse...
wahrnehmen...
zu...
lassen.

Sie sind selber...
Mannes...
genug, um...
das...
zu...
thun. Sie...
überlassen...
die...
ausgelegten...
Reimuten...
bürgerlicher...
Diktandul...
ruhig...
denen, „die...
nicht...
alle...
werden“, oder...
sich...
noch...
nicht...
zur...
Wahrheit...
und...
Klarheit...
durchgerungen...
haben. Das...
Geschimpfe...
der...
bürgerlichen...
Presse...
menschen...
aber...
über...
das...
systematische...
Ausbeuten...
der...
kapitalistischen...
Führer...
der...
Sozialdemokratie“...
— Gott, wie...
phrasenreich! — legen...
sie...
zu...
dem...
übrigen...
— Schmutz...
über...
die...
Arbeitervogung...
und...
ihre...
„Führer.“

Die...
Straßenreiner...
erhalten...
bei...
der...
jetzigen...
Witterung...
täglich...
2...
Kaffeemarken, wofür...
sie...
in...
den...
Kaffeehallen...
2...
Tassen...
Kaffee...
trinken...
können. Wenn...
auch...
nicht...
viel, so...
ist...
es...
doch...
wenigstens...
etwas. Im...
übrigen...
sind...
die...
Löhne...
der...
Straßenreiner...
derart, daß...
sie...
sehr...
wohl...
eine...
Erhöhung...
vertragen...
würden.

Mehrere...
Drittungsarten...
der...
Alters- und...
Jugend...
versicherung...
sind...
dieser...
Tage...
verloren...
gegangen. Der...
Funder...
wird...
erzucht, die...
Karten...
beim...
Polizeiamt...
zu...
hinterlegen.

Anzeige...
pflichtige...
Krankheiten. Beim...
Medizinalamt...
gingen...
im...
Monat...
Dezember...
1896...
62...
ärztliche...
Medun...
gen...
über...
anzeigepflichtige...
Krankheiten...
ein; je...
23...
davon...
betrafen...
Diphtherie...
und...
Masern, 14...
Scharlach...
und...
2...
Typhus. Tödtlich...
ist...
nur...
ein...
Typhusfall...
verlaufen.

Handelsregister. Am...
12. Januar...
1897...
ist...
eingetragen...
auf...
Blatt...
79...
bei...
der...
Firma...
„H. S. Schulz“:...
Bokurist...
A. J. H. Schulz...
in...
Lübeck.

Eine...
hanseatische...
Fisch-Industrie...
Aktien-Gesellschaft...
steht...
demnächst...
ihrer...
Gründung...
hier...
am...
Orte...
entgegen. Und...
zwar...
gedenkt...
ein...
Finanzkonfium...
aus...
Hannover, an...
dessen...
Spitze...
der...
dortige...
Bankier...
Herz...
steht, die...
Schlutuper...
Fischdüngefabrik...
von...
H. Meyer...
u. Comp. und...
die...
große...
Fischräucherei...
von...
Schumacher...
in...
eine...
Aktiengesellschaft...
zu...
verwandeln. Der...
Vertrag...
war...
bereits...
vor...
einigen...
Tagen...
perfekt. Anfangs...
sollte...
nur...
die...
Fischfabrik...
in...
eine...
Aktiengesellschaft...
verwandelt...
werden, doch...
genügte...
dieser...
Betrieb...
den...
betr. Finanzleuten...
nicht...
und...
so...
versuchte...
man...
denn...
die...
Schumacher'sche...
Räucherei...
gleich...
mit.

Schwindler. Dienstag...
erfchien...
in...
einem...
hiesigen...
Watte...
ein...
Inferat, in...
welchem...
ein...
kautionsfähiger...
Kassenbote...
gejacht...
wurde. Bei...
der...
steten...
Ueberfüllung...
auf...
dem...
Arbeitsmarkt...
meldeten...
sich...
natürlich...
auch...
genug...
Werber. Einer...
derselben...
wurde...
auch...
angenommen, nachdem...
er...
50...
Mk. Kautio...
hinterlegt...
hatte. Die...
Stellung...
sollte...
in...
einer...
hiesigen...
Buchhandlung...
zu...
besetzen...
sein. Als...
sich...
der...
Angeworbene...
nun...
nach...
dem...
betr. Geschäft...
begab, erfuhr...
er...
zu...
seinem...
Leidwesen, daß...
er...
hineingelegt...
war. Nachdem...
der...
Buchhändler...
sodort...
Anzeige...
von...
dem...
Betruge...
erstattet...
hatte, wurde...
nach...
dem...
Schwindler...
geforjcht. Dieser...
hatte...
es...
jedoch...
vorgesehen, sich...
rechtzeitig...
aus...
dem...
Staub...
zu...
machen. Mit...
Hilfe...
des...
Hineingelegten...
 gelang...
es...
jedoch...
noch, ihn...
in...
Mierdorf...
abzufassen. 44.75...
Mk. wurden...
nach...
in...
seinem...
Besitze...
vorgefunden.

Eigentumsvergehen. Einem...
Schuhmacher...
wurden...
auf...
einer...
hiesigen...
Herberge...
4...
bis...
5...
Mark...
entwendet.

Hamburg. Das...
Schweizer...
Konjunkt...
warnt...
in...
der...
schweizerischen...
Presse...
die...
Arbeiter...
vor...
der...
Zuwanderung...
nach...
Hamburg, da...
sie...
die...
strengen...
Arbeit...
in...
dem...
Hafen...
nur...
ganz...
kurze...
Zeit...
gewachsen...
und...
auch...
genügend...
fremde...
Kräfte...
anwesend...
sind. Die...
Ansicht, daß...
durch...
den...
Streik...
jeder...
stellenlose...
Kaufmann...
sehr...
leicht...
Arbeit...
erhalte, sei...
gänzlich...
unrichtig, es...
bleibe...
diesen...
Leuten...
bei...
der...
Ankunft...
nur...
übrig, Arbeit...
im...
Hafen...
zu...
nehmen...
oder...
umzukehren.

Hamburg. Ueber...
den...
großen...
Streik...
schreibt...
die...
„Lüb. Anz.“, ein...
bürgerliches...
Blatt: „Wann...
wird...
der...
Hafenarbeiter...
streit...
sein...
Ende...
nehmen?“ so...
fragt...
man...
sich...
jetzt...
allgemein...
in...
Hamburg...
mit...
besorgten...
Mienen, denn...
mit...
jedem...
Tage...
wird...
es...
klarer, daß...
eine...
Krisis...
heraushleht. Nach...
den...
Informationen, die...
uns...
zugehen, muß...
der...
Schaden, den...
der...
Streik...
bisher...
verursacht...
hat, auf...
fünfzig...
Millionen...
Mark...
bejiziert...
werden. Daß...
dies...
keine...
Uebertreibung...
ist, ergibt...
sich, wenn...
man...
folgendes...
bedenkt: Seit...
Anfang...
November...
erleiden...
Güter...
im...
Werke...
von...
etwa...
500...
Millionen...
Mark...
eine...
Verpätung...
der...
Ablieferung...
von...
3-4...
Wochen, das...
ergibt...
einen...
Zinsverlust...
von...
5...
Mill. Mark; die...
Kosten, welche...
durch...
die...
längere...
Lagerung...
bedingt...
sind, verteuern...
die...
Waare...
um...
mindestens...
ebensoviel; die...
Transportkosten...
haben...
sich...
häufig...
verdoppelt, und...
die...
Konjunktus-Verluste...
betragen...
bei...
vielen...
Artikeln...
5-10...
Prozent. Alles...
zusammengenommen...
läßt...
eine...
Schätzung...
gewiß...
nicht...
zu...
hoch...
erschienen. Solche...
bedeutende...
Verluste...
müssen...
aber...
schließlich...
Störungen...
des...
Kreditverkehrs...
bewirken, und...
so...
begreift...
man...
es, daß...
ein...
großer...
Theil...
der...
Hamburger...
Unternehmer...
die...
Beendigung...
des...
Streiks...
auf...
das...
sehnlichste...
herbeiwünscht. Es...
unterliegt...
wänsch...
heute...
gar...
keinem...
Zweifel...
mehr, daß...
besonders...
die...
Hamburger...
Importeure...
über...
das...
Vorgehen...
des...
dortigen...
Arbeitgeber-Verbandes...
im...
höchsten...
Grade...
erbittert...
sind, und...
sie...
haben...
dazu...
thatsächlich...
allen...
Grund. Zu...
Hamburg-Altonaer...
Arbeitgeber-Verband...
führen...
Leute...
das...
große...
Wort, die...
durch...
den...
Streik...
nicht...
den...
geringsten...
Schaden...
erleiden, so...
z. B. auch...
Cigarrenfabrikanten. Diese...
Leute...
sind...
es, welche...
den...
Verband...
immer...
wieder...
aneisern, die...
Friedensbestrebungen...
der...
Arbeiter...
schroff...
zurückzuweisen, und...
durch...
ein...
weitverzweigtes...
Netz...
verwandtschaftlicher...
Beziehungen...
— durch...
Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel...
und...
Tante...
— haben...
sie...
es...
zu...
Stande...
gebracht, daß...
ihrem...
staatsfeindlichen...
Wirken...
von...
Senat...
und...
Bürgerchaft, den...
Vertretung...
skörpern...
des...
Hamburgischen...
Staates, keinerlei...
Hindernisse...
in...
den...
Weg...
gelegt...
werden. Also...
Leute, die...
der...
Hafenarbeiter...
streit...
direkt...
gar...
nicht...
berührt...
sind...
es...
in...
erster...
Linie, die...
Hamburg...
in...
die...
gegenwärtige...
überaus...
schwierige...
Lage...
brachten, und...
andererseits...
sind...
es...
vor...
Allen...
die...
Kaufleute, die...
den...
Schaden...
davon...
haben. Denn...
nach...
den...
bisher...
üblichen...
Lieferungs...
Kontrakten...
gilt...
ein...
Streik...
wohl...
für...
die...
Rheber, nicht...
aber...
für...
die...
Importeure...
als...
force...
majeure, wodurch...
die...
Kaufleute...
natürlich...
enorm...
geschädigt...
werden. Aber...
auch...
viele...
keine...
Rheber...
sind...
durch...
den...
Streik...
in...
eine...
üble...
Lage...
gebracht...
worden, so...
daß, wie...
gemeldet...
wurde, an...
der...
Hamburger...
Börse...
eine...
Sammlung...
für...
den...
Arbeitgeber-Verband...
veranstaltet...
wurde. Wenn...
es...
diesem...
Elementen, die...
einer...
Beendigung...
des...
Streiks...
geneigt...
sind, gelangen...
würde, die...
Liga...
der...
Starrköpfigen...
— worunter...
die...
Cigarrenfabrikanten...
mit...
„Osten...
und...
Lanten“...
— zu...
sprengen, so...
könnte...
das...
nur...
mit...
Freunden...
begnügt...
werden.

Hamburg. Zum...
Streik...
der...
Hafenarbeiter...
und...
Seelente. Zu...
Bezug...
auf...
das...
von...
Seiten...
des...
Arbeitgeber-Verbandes...
an...
den...
Senat...
gerichtete...
Schreiben...
zwecks...
Anstellung...
eines...
Hafeninspektors...
wurde...
Mittwoch...
Vormittag...
in...
elf

Veranstaltungen der Streikenden, die sämtlich überfüllt waren, folgende Resolution einstimmig angenommen:
 „Begrüßend auf das seitens des Arbeitgeber-Verbandes ... einen hohen Senat am 12. Januar d. Js. gerichtete Schreiben erklären die streikenden Hafenarbeiter und Seefleute:
 Eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit ist und bleibt für uns eine Demüthigung; es ist unserer Ehre zuwider, in eine solche zu willigen. Die große Mehrheit der Streikenden hat den Senatsvorschlag trotz der Empfehlung der Annahme desselben durch das Streikkomitee abgelehnt, weil in demselben keine Garantien geboten waren, daß unseren berechtigten Beschwerden Rechnung getragen, die Entscheidung über Differenzpunkte durch ein unparteiisches Schiedsgericht ihre Erledigung finden würde, daß vor Allem aber die alten Arbeiter eingestellt und keine Maßregelungen der während des Streiks in Vertretung unserer Interessen hervorgetretenen Personen vorgenommen würden. Auch in der vom Arbeitgeber-Verband vorgeschlagenen Anstellung eines Hafen-Inspektors, um welche wir seit Jahren vergebens petitionirt und deren Nothwendigkeit wir wiederholt nachgewiesen haben, können wir eine Erledigung der momentan obwaltenden Differenzen nicht erblicken. Die Untersuchungen eines Hafeninspektors müssen sich nach unserem Dafürhalten allerdings auch auf die von uns seit Jahren öffentlich gerügten Missethate auch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrecken. Eine Abstellung der Missethate, eine Aenderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt aber nicht in der Machtbefugnis eines Hafeninspektors. Dazu ist und bleibt die Einwilligung der Arbeitgeber als solche erforderlich. Es liegt uns fern, unsere Arbeitgeber durch die Forderung einer bedingungslosen Unterwerfung ihrerseits demüthigen zu wollen. In Veranlassung der Aenderung des Arbeitgeber-Verbandes und zur Herbeiführung eines wirklichen und andauernden Friedens richten wir deshalb das Ersuchen an den Arbeitgeber-Verband, nunmehr durch eine aus seiner Mitte gewählte Kommission direkt interessirter Arbeitgeber mit einer von uns gewählten Kommission über die Friedensbedingungen in Beratung treten zu wollen. Gegenseitiges Vertrauen kann nur aufgebaut werden auf gegenseitiger Achtung, ein andauernder Friede kann nur herbeigeführt werden, wenn dieser die Interessen unserer Vaterstadt schwer schädigende Streik einer verständigen, feinen der streikenden Parteien verlegenden Abschlus findet. Hierzu bieten wir unsere Hand, niemals aber zu einer uns beschämenden, unser inneres Empfinden verlegenden bedingungslosen Unterwerfung. Nachdem alle bisherigen Vermittlungsversuche durch nicht direkt betheiligte Personen und Körperschaften vergeblich gewesen, und obgleich die Auzerung des Arbeitgeber-Verbandes nicht ausdrücklich an unsere Adresse gerichtet ist, beauftragen wir,

am im Interesse der Allgemeinheit jede Zeitverschwendung zu vermeiden, unsere Kollegen Döring, Schanermann, Mehl, Erverfährer, Landahl, Staatsquararbeiter, Seidel, Speicherarbeiter, Herrich, Seemann, Krägenau, Donkemann, Schmahlsjohann, Kesselreiner, sich nunmehr mit dem Arbeitgeber-Verband in Verbindung zu setzen und sind überzeugt, daß bei gleichem Entgegenkommen unserer Arbeitgeber es uns schwer gelingen wird, einen beide Theile befriedigenden Modus zur Beendigung des Streiks zu finden.“
 „Weil lästig gefallen“, wurde Mittwoch der Schanermann Christensen (Däne) von der Polizeibehörde aufgefordert, innerhalb acht Tage das Hamburgische Staatsgebiet zu verlassen. Bemerkte sei, daß der Ausgewiesene schon seit 1889 in Hamburg und Umgebung beschäftigt war, und daß er während der Dauer des Streiks wöchentlich einmal von einem Beamten der Polizeibehörde in seiner Wohnung aufgesucht wurde, der ihm mittheilte, daß er Arbeit nachweisen müßte, sonst blüme sein Aufenthalt im hiesigen Staatsgebiet nicht gebuldet werden! Es ist dies bereits der zweite Fall von Ausweisung, der mit dem Streik in Verbindung zu bringen ist.
Cuxhaven. Es wird weiter gebrüselwilt. Wir lesen in bürgerlichen Blättern: Grober Exceß hat sich in Cuxhaven ein Oberlazarettgehilfe von der zweiten Werkdivision Wilhelmshaven, Beckmann, gegen einen Gastwirth schuldig gemacht. Der Beckmann erlaubte sich im Wirthskafal schamlose Beleidigungen gegen die Wirthin und das Dienstmädchen. Darauf warf ihn der Gastwirth vor die Thür, als er freiwillig das Lokal nicht verlassen wollte. Als dann der Gastwirth in sein Lokal zurückkehren wollte, stürzte der Beckmann auf ihn zu mit dem Rufe: „Ich bin geschlagen, ich bin ein Soldat. Das kann ich mir nicht gefallen lassen, das leidet meine Ehre nicht.“ Beckmann zog ein Messer und verletzte dem Wirth bei dessen Abwehr die linke Hand durch fünf Schnitte und Stiche. Als dieselbe dadurch erlahmte, stieß er dem Wirth das Messer in die linke Brustseite und wandte sich dann zur Flucht.
Bremsehaven. Schwere Besorgniß herrscht in Rendsburg über den Verbleib der zur dortigen Rheederei Jüssen u. Co. gehörigen Galeas „Thomas.“ Das Schiff

ist am 1. Dezember von der Weser nach Gothenburg mit einer Ladung Schwefelsäure abgegangen und bis dahin nicht angekommen. Es liegt zwar noch die schwache Möglichkeit vor, daß das Schiff an die norwegische Küste verschlagen worden ist, von wo aus der Kapitän keine Nachricht senden kann. Geführt wird das Schiff von Kapitän Groth.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Das Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Ernst Stefann, Vertreter des Wahlkreises Liesenwerder-Torgau, ist Mittwoch plötzlich in seiner Heimath gestorben. Stefann gehörte der freikonservativen Partei an.

Briefkasten.

Versicherungskasse „Danfa“. Die Redaktion lehnt es ab Ihre Zuschrift zu veröffentlichen. Für die „gesunde Basis“ der neuen Gesellschaft „Merkur“ haben wir noch keine Garantie.

Quittung.

Für die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Thiel u. Söhne, hier, sind bei der Expedition des Volksboten eingegangen:
 Von H. und C. M. 1.—
 (Auf Liste 2801)
 Weitere Gelder nimmt geru entgegen
 Die Expedition,
 Johannisstraße 50.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 12. Januar.
 Der Schweinehandel verlief mittelmäßig. Gageschätz wurden 2430 Stück, davon vom Norden 2 Stück, vom Süden 2 Stück. Preise: Leinwandtschweine schwere 49-52 M., leichte 46-48 M., Sezen 42-46 M. und Ferkel 44-46 M. pr. 100 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Von einem Kinde am Sonnabend in der Arminstraße ein Portemonnaie mit 67 Pfg. Inhalt verloren. Bitte dasselbe abzugeben bei
Bäsen, Arminstraße 1 a.

Zu verm. ein freundl. möbl. Parterrezimmer. **Ludwigstr. 16.**

Zu verm. ein Zimmer, parterre Herrn oder junger Mädchen.
Weislinger Allee 40, 1. Et.

Sehr schöne französische Kartoffeln, 10 Liter 55 Pfg., prima gelbsteigende **Magnambonam**, 10 Liter 40 Pfg.
C. Bannow, Kriekenstraße 19.

Beste Speisebutter, Pfd. 90 Pfg., Ger. Mettwurst, Pfd. 80 u. 100 Pfg. empfiehlt so lange der Vorrath reicht
C. F. Lenkefeld, Gr. Gröpelgrube 10.

Flohmenschmalz
 II. Sorte à Pfund 50 Pfg.
 empfiehlt
Heinr. Viereck
 Hügelstraße 96.

Wir einigen Hundert
Sarzer Kanarienvögel
 echte Gohi- und Klingelflöter, vortreffliche Lichtschläger, bin ich von heute bis Sonnabend Abend im Geschäft „Zum goldenen Stern“ anwesend u verkaufe dieselben zu annehmbar Preisen.
J. Dickmann, Vogelzüchter vom Sarz.

Die Schweineschlächterei
 von
W. Strohsfeldt
 73 Glockengießerstraße 73
 empfiehlt:

- Frische Flohmen, Pfd. 50 Pf.
- Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
- Barbonade Pfd. 60 Pf.
- Hammelfleisch . . . Pfd. 50 Pf.
- Quensfleisch Pfd. 50 Pf.
- Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
- Braten-Schmalz . . Pfd. 80 Pf.
- Kopf- und Bein . . . Pfd. 25 Pf.
- Geräucherter Speck Pfd. 55 Pf.
- Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pf.
- Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

„Saginal“
 Fress- und Mastpulver für Schweine
 bewirkt eine außerordentliche Fresslust, macht die Schweine schnell fett und fleischig und schützt durch seine hindereingenden Eigenschaften vor vielen Krankheiten. Man verlange ausdrücklich „Saginal“, Doze 50 Pfg., in Lübeck in der St. Gertrud-Apothek.

„Frankfurter Margarine“

Illustrierte Weltgeschichte für das Volk,

mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwicklung.
 Herausgegeben von
J. G. Vogt.

In 241 wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfg. vorzuziehlich ausgestattet, mit über 2000 der besten und schönsten Illustrationen: geschichtliche Ereignisse, Porträts, Facsimiles, Bauwerke, Denkmäler, Kunstgegenstände, gewerbliche Erzeugnisse etc.

Ein Prachtwerk wie es bis jetzt dem Volke noch nie geboten worden ist!
 Eine unererschöpfliche Quelle des Wissens und der Bildung, ein geistiger Hauschatz von bleibendem Werte für Alt und Jung, den jede Arbeiterfamilie, ja selbst jeder jugendliche Arbeiter sein eigen nennen sollte!

Es ist die erste Weltgeschichte, die durch die außer-gewöhnliche Billigkeit des Preises selbst dem unbemitteltesten Arbeiter zugänglich ist.
 Es ist zugleich auch die erste Weltgeschichte, die im eigentlichen Sinne des Wortes eine solche für das Volk genannt werden kann, denn sie behandelt vor allem die wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die sociale Entwicklung, die Leiden und Verdienste der unterdrückten, arbeitenden Klassen.

Kein Arbeiter veräume, auf dieses wichtige Werk zu abonnieren! Die Weltgeschichte liefert den besten Schlüssel des Verständnisses zu allen Tagesfragen.

Das Werk ist in 6 Bänden à ca. 40 Lieferungen vollständig.
 Preis in Prachtbänden à M. 5.50.
 Prachtsteinbanddecken à 80 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.
 Alle Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

Der deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1897.

Sehr reichhaltig ausgestattet.
 Inhalt: Kalendarium, Geschichts-Kalender. Die wichtigsten Vorschriften über den Militärdienst und das Erziehungswesen. Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. Auswanderungswejen. Unfallversicherung der Arbeiter im deutschen Reich. Post-Tarif. Stand der Reichsschulden und vieles andere.
 Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Visit-Karten
 auf ff. Elfenbeinkarton
 per 100 Stück von 1 Mk. an
 Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

D. M. V.
 Freitag den 15. Januar 1897
 „Vereinshaus“, Zimmer Nr. 8.

Kaufen Sie Douglas' weiße Kernseife.
 Douglas' weiße Kernseife ist die beste u. sparsamste im Gebrauch!
 Georg Grube, Seifenfabr. 9.

Mitglieder-Versammlung
 der
 Central-Kranken- und Sterbe-Unterstützungs-Kasse
 der Deutschen Schiffbauer
 am Sonnabend den 16. Januar 1897
 Abends 8 Uhr
 im „Berliner Hof“, Rinnshausen 19.
 Die örtliche Verwaltung.

Seefahrer-Krankenkasse
 — BALL —
 am Dienstag den 19. Januar 1897
 in der Centralhalle.
 Ballanfang 8 Uhr Abends. Ende Morgens.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 Das Comitee.

Circus Variété
 Heute Freitag den 15. Januar:
2. Elite-Damen-Abend
 und
 Abschieds-Vorst. der VIII. Serie.
 Jede Dame hat das Recht, einen Herrn frei einzuführen.
 Auf vielseitigen Wunsch:
 Heinrich Kalnberg als:
 Lieutenant Schlippenbach.
 Sonnabend den 16. Januar:
Erstes Debut der IX. Serie.

Stadttheater in Lübeck.
 Freitag den 15. Januar:
 64. Abonnem.-Vorst. 4. Abthlg.: Blau.
 Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
 Abschieds-Gastspiel
 von Frä. Paula Wirth vom
 Lessing-Theater in Berlin.
 Freitag-Abonnement Nr. 11.
 Zum 7. Male:

Seine offizielle Frau.
 Sonnabend den 16. Januar.
 25. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen.
 Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
FAUST.
 Sonntag den 17. Januar.
 Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
 Außer Abonnement.
 1. Gastspiel der Prima ballerina
 und Balletmeisterin
 Frä. Paula Tagliani.
 Zum 1. Male.
 Mit neuer Ausstattung.
Phantasten im Bremer Rathskeller.
 Phantastisches Tanzbild nach W. Hauff von
 C. Graeb.

Sozialisten-Verfolgungen in Italien.

Der Belagerungszustand in Rom — das ist jetzt das Mittel, zu welchem das Rudini'sche Ministerium der „Ehrenmänner“ greift, um den Sozialismus zu bekämpfen. Der Gegner und Nachfolger Crispi's ist zum Crispianismus zurückgekehrt und wendet alle die Praktiken des italienischen Bismarck gegen die Arbeiter an.

Wir haben bereits eine Nachricht mitgeteilt, welche die Auflösung der sozialistischen Vereine und Arbeiterkammern in Stadt und Provinz Rom meldete. Der hier eingetroffene „Avanti“ vom Sonntag enthält ausführliche Mittheilungen über die Heldenthat des Ministeriums. Sie sind so charakteristisch für die „Freiheit“ des modernen Italiens, daß wir sie wenigstens im Auszug wiedergeben wollen.

Am Sonnabend Vormittag stellte sich also auf der Redaktion des „Avanti“ ein Polizist in Zivil ein, der den Sekretär der Vereinigung Roms, Luigi Mongini, rief, unter dem Vorwande, daß man seiner in der Vereinigung bedürfe. Im Lokale derselben angekommen, fand Mongini dasselbe schon von Gendarmen und Polizisten besetzt. Ebenso waren die Redaktionsräume des „Alfano“ (eines sozialistischen Wochenblattes) im gleichen Hause bereits von Polizisten aller Grade okkupirt. Kaum war aber Mongini angelangt, so wurde ihm ein Dekret vorgelesen, welches die Auflösung der sozialistischen Vereinigung verfügte.

Wir müssen uns — seiner Länge wegen — versagen, eine wörtliche Uebersetzung des Dokumentes zu geben; dasselbe klingt genau so, bewegt sich in denselben Phrasen, wie jene deutschen Verfügungen aus der sozialistengesetzlichen Zeit. Es wird konstatiert, daß nach der Auflösung der „Fasci dei lavoratori“ sich am 8. März 1894 in Rom eine sozialistische Vereinigung bildete, „auf die Initiative von Individuen, welche zur italienischen sozialistischen Partei gehörten.“ Es sei dann ein Statut beschloffen worden, welches die Nothwendigkeit der Organisation als Klassenpartei anerkannte, „nachdem es von den ausgebeuteten Arbeitern und den Kapitalisten, die das gesellschaftliche Vermögen sich aneignen und es monopolisiren, gesprochen.“ Ferner sei die Gründung von Zirkeln in den verschiedenen Theilen der Stadt beschloffen worden, welche von der zentralen Vereinigung abhingen. Auch habe die Vereinigung Leute in die verschiedensten Gegenden der Provinz geschickt, um daselbst sozialistische Zirkel zu gründen, was in Genzano, Albano, Zagarolo, Ferencile, Civitavecchia, Corneto Tarquinia und Marino gelang. „Der letztere Verein wurde jedoch kürzlich aufgelöst wegen schwerer, von ihm angeblich provozirten Unordnungen, und weil er den Haß zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Besitzenden und Kapitalisten erregt hatte.“ Seit ihrer Gründung und namentlich im vergangenen Mai hätten die sozialistische Vereinigung und die von ihr abhängigen Zirkel jede Gelegenheit benutzt, um sozialistische Agitation zu treiben, hätten fortwährend Versammlungen veranstaltet, um die Genossen zum Haß gegen andere Klassen aufzureizen, und zwar „in einer für die öffentliche Ruhe gefährlichen

Weise“. Doch das Schrecklichste kommt noch: Kürzlich hätten die Vereinigungen und ihre Unterabtheilungen den städtischen Frieden arg gefährdet, indem sie, einem Beschlusse vom 19. Dezember gemäß, am 25. Dezember eine „lärmende Demonstration“ in den Hauptstraßen der Stadt veranstaltet hätten, zwecks Verbreitung der ersten Nummer des „Avanti“, und am 26. Dezember „eine noch gefährlichere Demonstration“, jene der Arbeitslosen — „Manifestationen, welche, wenn sie auch in energischer Weise zerstreut wurden und so keine ernstlichen Folgen hatten, darum doch nicht weniger bedrohlich für die öffentliche Ordnung waren“. Die Arbeitskammer betreffend, wird ausgeführt, daß diese der sozialistischen Vereinigung immer Beistand geleistet habe, daß sie — uneingedenk ihrer Mission, welche ihr die Existenzberechtigung gab — sich zur Erregerin von Klassenhaß, zur Förderin von Unzufriedenheit und Unordnung unter der Masse von Arbeitern und namentlich unter den unbeschäftigten und nothleidenden Arbeitern gemacht habe. Ihr edles Programm, den Arbeitern zu helfen, ihre Verhältnisse zu verbessern und ihren moralischen Stand zu heben mittels Erziehung durch Schulen, Bibliotheken, Ausstellungen u., habe die Kammer aufgegeben und sich statt dessen damit beschäftigt, ihre Mitgliederzahl zu vermehren, indem sie solche besonders unter den unruhigsten Elementen suchte, um zahlreiche und verwegene Scharen zu ihrer Verfügung zu haben. Die Kammer habe, statt die Gegensätze zu versöhnen und Beziehungen zu pflegen, den Haß entfacht, Streits und feindselige Manifestationen ermuntert und unterstützt und dem Uebelwollen der Behörden und der Hier der Besitzenden die Schuld zugeschoben an den Leiden, „welche doch zum größten Theil die Folgen der schweren, aufhaltungsreichen Krisis und der ökonomischen Versammlungen der Horn, der Haß und die Verachtung der Genossen gegen die Behörden entfacht“ und Tagesordnungen aufgestellt, „welche an eine Bedrohung der öffentlichen Ruhe grenzen“. Aus allen diesen Gründen werden die sozialistische Vereinigung, die Arbeitskammer und deren Filialen aufgelöst.

Nach Verlesung dieses denkwürdigen Dekrets, begannen ausgedehnte Hausdurchsuchungen in den Vereinisationslokale, die Beschlagnahme der Bibliotheken und so weiter. Die Proteste der Genossen blieben unberücksichtigt.

Die drei Vertreter der Stadt Rom in der Kammer, Mazza, Barzilai und Zuccari, begaben sich sofort zu Rudini, um von ihm das Motiv der Auflösung der Arbeitskammer zu erfahren. Doch wie Pilatus wusch er seine Hände in Unschuld; die Sache gehöre zur Kompetenz des Präfecten.

Auch in der Provinz wurden die einzelnen sozialistischen Zirkel aufgelöst, so in Civitavecchia, Genzano, Albano, Marino, Frascati, Zagarolo und Corneto Tarquinia. In Ferencile, wo vor einigen Tagen die erste sozialistische Versammlung stattgefunden, machten sich die Gendarmen bereit, die „Revolutionäre zu vernichten.“

In der italienischen Kammer hat der

Polizeistreich Rudini's nur ein Gefühl des Mitleids für diese Regierung erzeugt. Freunde und Gegner des Ministeriums sehen diesen Akt als ein Vorspiel zur Auflösung des Parlaments und zur Rückkehr zu dem System uneingeschränkter Reaktion an.

Der „Avanti“ meint, daß die lebhafteste Agitation für den Sozialismus diesen nicht so hätte fördern können, wie die Auflösung der sozialistischen Vereinigung. Die Tausende von Mitgliedern der Arbeitskammer, welche bisher im Interesse ihrer Organisation jede Beziehung zu den Sozialisten so ängstlich mißieden, welche geglaubt hatten, daß die wirtschaftliche Organisation genüge, würden jetzt überzeugt sein, daß die Arbeiter an die Eroberung der politischen Macht gehen müßten, die jetzt von den Kapitalisten monopolisirt ist. Die Ereignisse in Rom würden nicht nur für dessen Arbeiter, sondern für die ganz Italiens lehrreich sein, und es sei nun Sache der Sozialisten, durch verdoppelte Thätigkeit dafür zu sorgen, daß die kostbare Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehe.

Soziales und Partei-Leben.

Polizeiliche Hausdurchsuchungen haben neuerdings wieder in der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“, des Berliner polnischen Sozialistenorgans stattgefunden. Gleichzeitig ist gegen den Herausgeber des Blattes, Gen. Franz Morawski und den früheren verantwortlichen Redakteur Gen. Josef Binizki wegen Beleidigung der Beuthener Polizeibehörde, auf Veranlassung des Regierungspräsidenten von Oppeln, Anklage erhoben worden.

Gotha. Der Redakteur des hiesigen Volksblattes, Landtagsabgeordneter Gen. Foos, wurde zu sechs Wochen Gefängniß wegen Beschimpfung einer kirchlichen Einrichtung verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Foos hatte in einem Artikel über die Ermordung des Justizraths Levy die Bibel unter die der Tugend gefährliche Literatur gerechnet.

Aktion, Werftarbeiter! Die Ausperrung der Arbeiter der Würzburger Bootswerft in Wegesack dauert unverändert fort.

Die selbstständigen Kürschnermeister Berlins hatten den Mützenfabrikanten einen Tarif unterbreitet. Die Fabrikanten haben sich nun zu einem Ring zusammengeschlossen und den Tarif für diese Saison bewilligt. Jeder Fabrikant verpflichtet sich durch Unterzeichnung eines auf 3000 Mk. lautenden Wechsels, den Tarif einzuhalten, und selbst solchen Meistern, die billiger arbeiten wollen, keine niedrigeren Preise zu bezahlen, als darin festgesetzt sind. Bis auf drei Fabrikanten, die den Tarif aber ebenfalls zählten, sind alle Fabrikanten der Vereinbarung beigetreten.

Im Würzburger Gemeinderath wurde bei der Beratung der Geschäftsordnung des städtischen Arbeitsamtes in Folge des Zusammengehens sämtlicher Mitglieder der Centrumpartei, unter denen auch der Reichstagsabgeordnete für Würzburg, Neddemann, mit einem Theil der Liberalen, die von der gemeinschaftlichen Kommission des Magistrats und des Gemeindebevollmächtigten-Kollegiums formulirte Streikklausel gestrichen.

Das Räthsel einer Nacht.

Criminal-Roman. Nach den Aufzeichnungen eines Detektivs. Von Geh. Schöpfer-Perasini.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der glänzende, erste Sonnenschein des Morgens lag voll über Baum und Busch und machte die Tropfen des Thaues glitzern und flimmern.

Ein Polizist ward am Eingang des Gartens postirt, um Unberufenen den Zutritt zu verwehren.

Der Amtmann voran, schritten die Uebrigen gegen das Häuschen.

Bald standen sie erschüttert vor der Todten.

Ja, Anna Burger war todt.

Eine Kugel hatte sie mitten durch das Herz getroffen.

Das Mädchen lag lang ausgestreckt, die Hände krampfhaft geballt.

Es war ein Kampf vorher gegangen, dies war unzweifelhaft. Aber wer, wer war der Mörder?

Da hob der zweite Gendarm einen Gegenstand vom Boden auf.

Es war ein mittelgroßer, sehr hübscher Revolver, mit Neufilber-Beschlag.

Der Amtmann faßte hastig nach der Waffe.

Er konstatierte zunächst, daß noch drei Patronen in der Kammer steckten.

Eine davon war entladen, zwei enthielten noch Kugeln. Schloß und Sicherung waren offen.

Ohne jeden Zweifel war der tödliche Schuß, — und zwar nur der eine, daraus abgegeben worden, worauf der Mörder in der Verwirrung — die Waffe fallen ließ und entfloß.

Aber wer konnte Anna Burger hier in den Garten gelockt haben?

Doch nur ein ehemaliger Bekannter, vielleicht gar einer aus der Zuchthauszeit.

Wenn der Bagabund selber —? Aber der Revolver?

Der Amtmann drehte die Waffe in der Hand und studirte die Gravirung der Platte.

Blöthlich fuhr er je auf und schlug sich vor die Stirn. Daß er nicht gleich daran dachte! „F. Volten“ war in kleiner, hübscher Schrift eingegrät.

Nach Kenntnißnahme dieser Thatsache nahm der Amtmann davon Abstand, eine Durchsuchung des Häuschens vorzunehmen, um festzustellen, ob ein Raubmord vorliege.

„Meine Herren,“ sprach der Amtmann mit blasserem Gesicht, aber mit eiserner Strenge, „ich glaube den Thäter entdeckt zu haben.“

Wie Alle ihn anstarrten.

„Man wird das Weitere bald erfahren,“ sagte er verheißend. „Mir selbst aber ist mein Amt heute zu meinem schwersten geworden. Aber ich werde beweisen, daß ich keinen Unterschied der Personen kenne, wenn es gilt, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen.“

Der Gerichtsschreiber hatte ein Protokoll aufgenommen, dann wurde Anna Burger in das kleine Zimmer getragen und auf dasselbe Bett gelegt, in dem vor Kurzem ihre Mutter starb.

Das Haus wurde verschlossen und ein Wächter davor zurückgelassen.

Der Amtmann begab sich sofort mit einem Gendarmen in das Volten'sche Haus am Markt.

Unerbittlich ging er vor.

Er wollte einen solch' raschen Erfolg erzielen, daß man den Fall als Muster aufstellen konnte.

Und wäre es ein Fremder gewesen, er hätte wahrscheinlich mehr Rücksicht walten lassen, hier aber, bei einem Manne wie Volten, mit dem er fast freundschaftlich verkehrte, galt es, gerade zu zeigen, daß ihm nichts über die Pflicht ging.

Dem eifrigen Manne war sofort eingefallen, daß man in dem Städtchen von Klatschmäulern allenthalben die Mähr. hören konnte, Volten lebe mit seiner Frau in schlechter Ehe, seitdem Anna Burger heimgekehrt sei.

Und man fügte hinzu, der junge Kaufmann hätte mit besagter Anna vor seiner Verheirathung gewisse Beziehungen unterhalten, welche, falls das Mädchen dieselben der Gattin vorhalte, Volten sehr unangenehm sein würden.

Nur wer je in solch' kleinem Städtchen lebte und den Klatsch dieser engherzigen Gesellschaft studirte, weiß, daß ein hingeworfenes Wort, ja ein Hauch genügt, um ein Gefüchel zu erzeugen, das riesenhaft in aller Stille anwächst.

So auch hier!

Für den Amtmann lag die Sache nun ganz einfach folgendermaßen:

Volten hatte Anna Burger zur Nachtzeit aufgesucht — auch davon hatte man gefüchelt — sie waren nun Beide über den genannten Punkt in Streit gerathen und in der Erregung hatte Volten die ehemalige Geliebte erschossen.

Der Amtmann brauchte also nur an Volten eine Frage zu richten:

„Wo waren Sie in vergangener Nacht?“

Diese Frage richtete er auch wirklich an den blaß und verstört vor ihm Sitzenden, als er ihm in dessen Privatkabinet gegenüber trat.

Volten war jäh zusammengezuckt, dann richtete er sich auf.

„Was berechtigt Sie zu dieser Frage, Herr Amtmann?“

Dieser war seiner Sache gewiß.

„Ich bin im Amte, Herr Volten, und bedauere, keine Rücksicht nehmen zu können. Ich muß die Frage wiederholen,“ sagte er.

„Und wenn ich die Antwort verweigere?“ rief Volten,

Der Referent Dr. Stern erklärte, daß bei Ablehnung des Streikparagrafen die Frage zu erörtern sei, ob man nicht das ganze Statut überhaupt fallen lassen soll. Auf alle Fälle wird der Erfolg des Arbeitsamtes kein durchschlagender sein, da das Gewerkschaftskartell beschloffen hat, im Falle einer Ablehnung der Streikklausel von dem Arbeitsamte keinen Gebrauch zu machen.

Zu Linz an der Dona befinden sich die Kammmacher in einer Lohnbewegung und ersuchen deshalb die auswärtigen Fachgenossen um Vermeidung des Zugriffs.

Die Pferdebahnfahrer in Götzborg in Schweden haben einen Streik siegreich durchgeführt. Die Hauptforderungen waren 10—11 Stunden Arbeitszeit, 2—4 freie Tage beziehentlich freie Nächte im Monat, 60—70 und 75 Kronen Lohn monatlich, zahlbar in 14 tägigen Raten, freie ärztliche Behandlung und Medizin, voller Lohn bei Einstellung des Betriebes infolge von Naturhindernissen, Garantie gegen ungerechtfertigte Verabschiedung.

Die englischen Eisenbahn-Angestellten haben an sämtliche Direktionen der Eisenbahnen das Verlangen gestellt, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Dienst zu erleichtern. Wenn die Direktionen keinerlei Konzessionen machen, wollen die von dem schwersten Dienste am meisten betroffenen Kategorien die Arbeit einstellen. Bei der starken Organisation der englischen Eisenbahner ist zu hoffen, daß es die Unternehmer nicht bis zum Äußersten kommen lassen werden.

Aus Nah und Fern.

Eine eigenartige „Submissionanzeige“ enthielt das „Sewer Wochenblatt“ in folgendem:

Montag, den 11. Januar d. J., Nachmittags 3 Uhr, soll in Hülmerich's Gasthause hier selbst ein neugeborenes Kind für Rechnung der Armenkasse in Kost und Pflege verdingen werden. Geeignete Abnehmer werden eingeladen.

Sengwarden (Oldenburg), 6. Januar 1897.

Harms, Gem.-Vorst.

Es ist ein christlicher Staat, in dem solches von amtswegen möglich ist.

Von der Heiligkeit des Eigenthums im Militärstaate. Beleidigendes Verhalten zwei Offiziere gegenüber wurde dem Landwirth Heinrich Hügel zur Last gelegt, welcher neulich vor der vierten Strafkammer am Landgericht 2 in Berlin stand. Das Schöffengericht hat den Angeklagten zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt, nicht etwa, weil derselbe beleidigende Worte gebraucht, sondern weil er durch die Form seines Auftretens, durch sein Verhalten die Offiziere beleidigt haben sollte und noch dazu vor versammelter Kriegsvolke. Gegen dieses Urtheil hatte der Angeklagte wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Angeklagte gab von seinem Rencontre folgende Darstellung: Er wohne in Reinickendorf an der Tegeler Chaussee und besitze u. A. auch ein Stück Land am sogenannten Eichhornplan, welches nur durch einen breiten öffentlichen Weg vom Bahndamme getrennt werde. Er und seine Nachbarn hätten bei den Manövern des Militärs außerordentlich viel zu leiden. Bereits im Jahre 1893 habe er beim Generalkommando Beschwerde geführt und den schriftlichen Bescheid — den er zu den Akten einreichte — erhalten, daß dem Uebelstande abgeholfen würde. Das sei jedoch nicht geschehen, statt besser sei es schlimmer geworden, und so marschire Infanterie, Kavallerie und Artillerie ungenirt über die

Felder, unbekümmert darum, ob dieselben bestellt seien oder nicht. Mit dem Schadenersatz sei das eine heikle Sache. Da mißte erst festgestellt werden, welcher Truppentheil eine Beschädigung herbeigeführt habe und das bedinge wieder, den ganzen Tag auf der Lauer zu liegen. Er und seine Nachbarn gingen den Soldaten lieber in weitem Bogen aus dem Wege. Nun habe er am 9. Juli gepflügt, da sei eine Kompagnie vom vierten Garderegiment vorübergekommen mit zwei Offizieren, die statt auf dem Wege, über sein frisch gepflügtes Feld ritten. Daß man ihn als den Besitzer garnicht respektirt habe und unter seinen Augen über sein Land geritten sei, habe ihn ärgerlich über diese und alle frühere Unbill gemacht. So sei er denn an die Offiziere herangetreten und habe denselben laut zugerufen: „Haben Sie denn keine Augen im Kopfe? Sie sehen doch, daß hier gepflügt ist! Machen Sie, daß Sie von meinem Acker herunter kommen!“ Der eine der Offiziere habe ihm erwidert: „Sie können sich beschweren, aber schimpfen dürfen Sie nicht!“ worauf er gesagt habe: „Ach was, beschweren! Ich verlange, daß Sie meinen Grund und Boden verlassen!“ Nun habe ihn der andere Offizier nach seinem Namen gefragt und da er sich geweigert habe, auf seinem Eigenthum sich feststellen zu lassen, sei er von zwei Soldaten mit aufgezogenem Bajonett in die Mitte genommen und zum Ortschulzen in Dalldorf transportirt worden. Der erste Zeuge Hauptmann von der Borch deponirt, daß er an jenem Tage mit seiner Kompagnie eine Uebung gemacht habe. Er sei hinter der Kolonne hergeritten, und zwar auf dem festgetretenen Fußwege. Da sei ein Adjutant, Lieutenant von Burgsdorff, herangefahren, um ihm eine dienstliche Meldung zu machen. Dieser sei mit seinem Pferde vielleicht zwei Schritte auf das Land gerathen, aber an einer Stelle, wo nicht gepflügt war. Da sei der Angeklagte herbeigesprungen und habe sie vor versammelter Mannschaft laut angeschrien. Er habe demselben gesagt, er solle seinen Schaden nennen, doch habe er weiter geschimpft und da habe er den Adjutanten beauftragt, den Namen des Mannes festzustellen. Auf die Frage: „Wie heißen Sie?“ habe der Angeklagte erwidert: „Wie heißen Sie denn? Ich habe Sie ja noch nicht nach Ihrem Namen gefragt!“ Bevor mit dem Abführen ernst gemacht worden sei, habe der Adjutant noch einmal nach dem Namen gefragt, der Mann habe aber darauf gesagt: „Wenn Sie meinen Namen wissen wollen, dann kommen Sie mit nach Dalldorf zum Ortschulzen!“ Entgegen dem Herrn Hauptmann deponirt der Landmann la Barre, Nachbar des Angeklagten und Zeuge des ganzen Vorfalles, daß die Offiziere quer über das Feld des Angeklagten geritten seien und dieser kein beleidigendes Wort gesagt habe. Auch dieser Zeuge weiß ein Lied von den Beschädigungen der Felder durch das Militär zu singen. Ueber sein Feld sei jüngst eine ganze Batterie Artillerie gefahren und habe ihm dabei die Grenzsteine zertrümmert. Der Staatsanwalt zog zwar seine Berufung zurück, beantragte aber, auch die Berufung des Angeklagten zu verwerfen. Wenn auch beleidigende Worte nicht nachgewiesen seien, so müsse doch in der Form des Auftretens, in dem Anschreien der Offiziere, noch dazu vor versammelter Mannschaft (!), ein beleidigendes Verhalten gefunden werden, und damit rechtfertige sich die Bestrafung. — Der Verteidiger führte Folgendes aus: Der Angeklagte hat höchstens eine Ungebühr begangen, indem er seinen Unmuth äußerte. Das ist nicht strafbar, denn „Raisonniren“ ist nicht „Schimpfen.“ Der gewöhnliche Mensch wird wegen Uebertretung des Feld- und

Fort-Polizei-Gesetzes bestraft. Außer den Zeiten des Krieges und der Manöver hat der Soldat kein anderes Recht als der Zivilist. Kein Gesetz, keine Verordnung berechtigt ihn, fremdes Eigenthum zu beschädigen. Es lag hier ein rechtswidriger Eingriff in die Besitzverhältnisse des Angeklagten vor und daher war sein Auftreten berechtigt. Er verteidigte sein gutes Recht. Das Verhalten der Offiziere war durchaus unberechtigt und die Sistrung des Angeklagten zum Ortsvorsteher stellt eine Freiheitsberaubung dar. Der Angeklagte hatte ein Recht, die Offiziere festzustellen, aber nicht umgekehrt. Der Verteidiger beantragte schließlich Freisprechung. Vorsitzender: Angeklagter: Was würden Sie wohl thun, wenn Sie auf einen fremden Acker gerathen wären und Sie würden so angeschrien?

Angekl.: Herr Präsident! Ich bin nur ein einfacher Mann, aber ich würde in einem solchen Falle sagen: „Seien Sie man ruhig und entschuldigen Sie, es soll nicht wieder vorkommen!“ Der Gerichtshof stellte sich ganz auf den Standpunkt des Staatsanwalts und erkannte auf Bestätigung des ersten Urtheils.

Die Schimpfereien der „Königlichen Leipz. Zeitung“ über die Arbeiterbewegung dürften in Zukunft eine weniger schroffe Form annehmen, nachdem deren verantwortlicher Redakteur Dr. Julius Riffert am 11. Januar vom Leipziger Schöffengericht wegen Beleidigung von sieben Schmiedegesellen zu 75 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden ist. Dem Vorgange liegen folgende Thatsachen zu Grunde. Während des Leipziger Schmiedestreiks kamen sieben Schmiede durch die Schuld eines Schmiedemeisters mit diesem auf seinem Grundstück in Streit, der durch die Einmischung des Sohnes des Meisters einen etwas erregten Charakter annahm. Die „Leipz. Ztg.“ brachte über den Vorgang in ihrer Nr. 126 vom 3. Juni folgenden Bericht: „Eines wahrhaft skandalösen Exzesses machten sich gestern Nachmittag sieben ausländische Schmiedegehilfen schuldig, welche in die Geschäftsräume eines in der Antonstraße wohnhaften Schmiedemeisters eindringen und mit demselben Händel anfangen, weil er die Gehilfenforderungen nicht bewilligt und an Stelle der infolge dessen ausgeschiedenen Gehilfen fremde Gehilfen eingestellt hatte. Die rohen Patronen setzten dem Meister in dessen Werkstelle, Hof und Remise in frechster Weise mit Redensarten zu und gingen dann sogar zu Thätlichkeiten über, indem sie auf den Meister brutal loschlügen. Auch an dem Sohne des letzteren, welcher seinem Vater zu Hilfe eilte, vergriffen sich die Banditen und rissen ihm die Sachen vom Leibe. Als nunmehr nach der Polizei geschickt wurde, ergriff die erbärmliche Gesellschaft natürlich das Hasenpanier. Glücklicherweise wurden noch im Laufe des kriegigen Nachmittags zwei der Thäter ermittelt, und es steht zu erwarten, daß auch die Persönlichkeiten der übrigen Strolche festgestellt werden. Den Burschen ist eine ganz exemplarische Strafe sicher und zu gönnen. Aus dem ganzen Vorgange aber kann man wieder einmal die verderblichen Folgen muthwilliger Streiks erkennen.“ — Darauf wurden die sieben Mann wegen gemeinschaftlich verübten Hausfriedensbruchs und einer wegen Körperverletzung unter Anklage gestellt, aber am 21. August v. J. vom Schöffengericht freigesprochen. Die sieben Schmiede klagten nun gegen Dr. Riffert und erreichten das eingangs erwähnte Urtheil.

Inserirende Selbstmordkandidatinnen sind das Auerneuste. Im Annoncenheil einer Zeitung vom 10. d. M. heißt es wörtlich: „Eine lebensmüde Schneiderin mit kleiner Wirthschaft sucht Bekanntschaft behufs Heirath.“

Ein Wahrheitsfucher. Theodor Reuß, der von den Anarchisten und auch dem Abg. Bebel im Reichstage als Vertrauensmann der politischen Polizei bezeichnet wurde, ist, wie der „Sozialist“ behauptet, unter die „Wahrheitsfucher“ gegangen. Es sind die Anhänger jener theosophischen Bestrebungen, die den merkwürdigen mystischen Beziehungen im Dasein der Welt nachspüren und Berührungspunkte mit den Spiritisten haben.

Ahlwardts Rückkehr aus Amerika scheint sich zu bestätigen. In antiseimitischen Kreisen wird der „Wln. Volkszeitung“ zufolge erzählt, seine Frau, welche er sammt Kindern hier zurückließ und nicht genügend unterstützte, habe ihm gedroht, seine gesammte Korrespondenz seinen Gegnern auszuliefern und deswegen bereits mit Redaktionen verhandelt. Im konservativen Lager ist die Freude über die Rückkehr des einst Gelegerten nicht sehr groß. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, daß Ahlwardt nach seiner Rückkehr die Niederlegung seines Reichstagsmandats sofort von seinen Wählern in einer Weise nahegelegt werden müsse, daß er eine andere Entschließung nicht fassen könnte. — Auf bloße „Naheliegen“ giebt Ahlwardt nichts. Von Konservativen ist bekanntlich bereits der Vorschlag gemacht worden, Ahlwardt das Mandat, das er mit Hilfe der Konservativen erlangt hat, für 5000 Mark abzukaufen.

Würzburg. Am 12. Dezember 1895 rief bei einer Uebung der Luftschifferabtheilung der Schriftsetzer König dem als Kommandeur von Fuchsmühl bekannten Lieutenant Mayer mehrmals „Fuchsmühl“ zu, wobei er von einer Schaar Kinder unterstützt wurde. König begab sich bald danach auf die Wanderschaft. Als er vor einigen Tagen zurückkehrte, wurde er sofort vor das Schöffengericht geladen. Das Urtheil lautete auf 3 Wochen Haft wegen groben Unfugs. Lieutenant Mayer hatte keine Beleidigungsklage gestellt.

welcher nicht im Traum an einen Mord dachte, mit dem man ihn in Verbindung brachte.

„Dann kann ich Sie nur auf die schweren Folgen aufmerksam machen.“

Volten lachte nervös auf.

„Die schweren Folgen! Gut denn, ich war — zu Hause.“

„Das ist eine Lüge!“

„Herr —!“

„Ihr verstörtes Gesicht deutet auf eine schlaflose Nacht — und auf Vorfälle welche —“

„Nun gut!“ unterbrach Volten, immer erregter werdend. „Da ich auch über mein Gesicht Auskunft zu geben habe, so erfahren Sie, daß ich schlecht schlief, daß ich Ärger mit meiner Frau hatte, ferner, daß unser Kind in der Nacht starb.“

„Sie beharren darauf, die Nacht zu Hause zugebracht zu haben.“

„Ja.“

„Ich aber sage, daß Sie sich im Garten der Anna Burger befanden“, rief nun der Amtmann.

Dies übte eine blühartige Wirkung auf Volten aus, wie der Richter mit Genugthuung bemerkte.

Der junge Mann blickte einen Moment starr den Sprecher an.

Eine Ahnung schien ihm zu kommen, daß sich irgend etwas Furchtbares ereignete, mit dem man seine Person in Verbindung brachte.

Er dachte nicht mehr daran, den geheimen Verkehr mit Anna abzuleugnen, die Angst, die Sorge um sie, nahmen ihm die Besinnung.

„Anna Burger,“ rief er. „Um Gotteswillen, was ist dort vorgefallen?“

„Sollten Sie dies nicht wissen?“ fragte der Amtsrichter scharf.

„Spannen Sie mich nicht auf die Folter, oder ich werde rasend.“

„Anna Burger ist diese Nacht ermordet worden,“ sagte der Richter mit tödtlichem Ernst.

„Ermordet!“

Noch saßte Volten das Furchtbare nicht, dann aber in das unerschütterliche Gesicht des Amtmannes blickend, stieß er einen Schrei aus, der den Schreibern im Vorraum durch alle Glieder ging.

Volten ergriff den Arm des Amtmannes.

„Wer ist der Mörder?“

Diesem kam solche Aeußerung nicht anders als theatralisch vor.

Er wollte ein Ende machen.

So griff er in die Tasche und zeigte ihm den Revolver.

„Diese Waffe fand man am Thatort. Ist sie Ihnen bekannt?“

Volten sah kaum seinen Revolver, als er auch schon zurucktaumelte und auf einen Stuhl zusammenbrach.

„Ich begreife,“ murmelte er gebrochen.

Der Amtmann nickte für sich.

Diese Wirkung hatte er vorausgesehen.

„Wollen Sie jetzt noch leugnen, im Garten der Anna Burger gewesen zu sein?“ fragte er.

Volten schüttelte den Kopf.

Er stöhnte schwer.

„Und dieser Revolver ist der Ihre?“

„Ja — ja“ schrie Volten auf. „Aber was annimmt ist Wahnsinn. Ich sollte —!“

Seine Stimme brach in wildem Schluchzen.

„Ich muß Sie bitten, mir zu folgen,“ sprach der Amtmann kurz. „Wenn Sie rasch noch etwaige Anordnungen treffen wollen, so thun Sie es.“

Mechanisch verschloß Volten die Schränke, ebenso nahm er den Hut zwischen die zitternden Hände und folgte.

Es ist vorzüglich gelungen,“ sagte sich im Stillen der Amtmann.

(Fortsetzung folgt.)